

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Bezugspreis: Einzel-Exemplar 1 Pf. ...

Anzeigenpreis: für die Zeitschrift (Stab- u. Hof-) ...

Nr. 172 ... Dienstag, den 8. Juli 1924 ... 118. Jahrg.

Amerika und England greifen ein

Herriots schwerer Stand

7. Juli.

H. H. Je näher das in Chequers für die Londoner Konferenz festgesetzte Datum heranrückt, desto unterhüllter und rücksichtsloser werden insbesondere in Frankreich die Angriffe gegen die von den beiden Ententeprimern verfolgte Verständigungspolitik in der Reparations- und Sicherheitsfrage.

Es ist zu begrüßen, daß zunächst versucht werden soll, auf der Grundlage des Dawes-planes die Reparationsfrage zu erledigen. ...

Über gerade in diesem Punkt ist eine ebenso unabweisbare Stellungnahme Herriots nicht ungefährlich. Denn über die eigentliche Opposition hinaus ist doch wohl das ganze französische Volk gewohnt, in der Reparationskommission den Hüter seiner Forderungen aus dem Verfallener Vertrag zu sehen.

Über nichtsdestoweniger ist auch in Deutschland eine gewisse Besorgnis an der Arbeit, an und für sich belanglose Mißverständnisse zu grundsätzlichen Lebensnotwendigkeiten aufzubauen.

Coolidge drängt auf baldige Verwirklichung des Dawes-Berichts

London, 7. Juli. (Sig. Tel.) In London gehen Gerüchte um, daß eine Vertagung der Reparations-Konferenz bis Ende Juli und eine Verlegung der Konferenz nach Brüssel geplant sei.

Der Grund, warum diese Pläne keinerlei Aussicht auf Annahme haben, ist in einer sehr wichtigen Mitteilung zu finden, die der amerikanische Botschafter in London von seiner Regierung erhalten hat.

Keine Verschleppung durch Deutschland

Die Reichsregierung berichtigt

Berlin, 7. Juli. (Sig. Tel.) Entgegen Mitteilungen, die gehen in London in Bezug auf einen Washingtoner Ministererrat verbreitet worden sind, wird festgestellt, daß die Reichsregierung irgendwelche „kategorische Forderungen“ an die englische und französische Regierung nicht gerichtet hat.

plantes in Deutschland mache, die Antwort erteilt worden, „man könne von deutscher Seite die Vorlage derartiger Gesetze im Reichstage überhaupt erst in Erwägung ziehen, wenn die Alliierten sich bezüglich der Räumung des Ruhrgebietes einseitig gebunden hätten“.

Die Reichsregierung hat vielmehr auf eine derartige gesprächsweise Anfrage ausdrücklich erklärt, es sei unmöglich, die in Frage kommenden Gesetze bis zum Beginn der Londoner Konferenz durchzuführen, da die Organisationskomitees bisher mit ihren Arbeiten noch nicht einmal fertig sind.

Inzwischen hat das Goldnotenbank-Komitee seine letzte Sitzung in Berlin abgehalten und die Entwürfe der Notenbankgesetze dürften im Laufe der Woche fertiggestellt werden.

Macdonald fährt nach Paris

Berlin, 7. Juli. (Sig. Tel.) Nach einer Londoner Meldung will Macdonald nach Paris reisen. Diese Reise kann man vorläufig als Symptom dafür werten, für wie kritisch auch der englische Ministerpräsident die Lage hält, daß er aber entschlossen ist, sich selbst mit seiner ganzen Verantwortlichkeit dafür einzusetzen, die Krise zu überwinden.

Macdonald stützt Herriot

Neuer englischer Schritt in Paris

Paris, 7. Juli. (Sig. Tel.) Die englische Regierung hat gestern durch eine neue Demarche hier in Paris, die, wie berichtet wird, auf ganz verbindliches Betreiben von Macdonald unternommen wurde, aufs neue ihr Bestreben kundgetan, die politische Atmosphäre zwischen London und Paris, die durch die bekannten Zwischenfälle etwas getrübt war, zu reinigen.

Die Vorbereitungen der französischen Regierung, die Regierungen ihrerseits von dem französischen Standpunkt zu unterrichten und zu diesem Zweck in den alliierten Hauptstädten voraussichtlich morgen ein Memorandum überreichen zu lassen, wird nach den bisher vorliegenden Nachrichten durch die englische Demarche nicht berührt.

Überreichen zu lassen, wird nach den bisher vorliegenden Nachrichten durch die englische Demarche nicht berührt. Im Gegenteil erwartet man, daß die verschiedenen Abteilungsleiter und Sachverständigen des Quai d'Orsay, ebenso wie Herriot selbst, im Verlauf des gestrigen Tags das erwähnte Schriftstück weiter ausgearbeitet haben.

Das amtliche Kommuniqué befaßt über den Besuch Lord Crewes, er sei erfolgt, um gemäß Herriots Forderung Klarlegung über die in Umlauf gebrachten irreführenden Informationen zu gewinnen. „Macdonald“, so heißt es in dem Kommuniqué, „steht fest, daß er seinen Augenblick versucht habe, seinen französischen Kollegen an Gedanken oder Ausdrücke zu binden, die offensichtlich nur unter der Verantwortung und auf Anregung der englischen Regierung vorgebracht worden sind.“

Der französische Opposition ist es vor der am Dienstag im Senat bevorstehenden Aussprache über die äußere Politik natürlich ziemlich peinlich, daß die neue Demarche im Auftrag Macdonalds weiterhin die Stellung des Kabinetts Herriots zu festigen vermag.

Sie demütigt ihr Mißvergnügen durch noch schärferen Angriff gegen das Kabinett, in denen nunmehr ganz unerschöpflich gefaßt wird, daß Herriot noch vor der interalliierten Aussprache die Zeitung der

französischen Staatsgeschäfte niederlegen müsse. Herriot macht im „Echo de Paris“ erneut Entschuldigungen. „Wir bestätigen“, so schreibt er, „daß am 21. und 22. Juni (d. h. also in den Tagen der Aussprache von Chequers) Herriot diskussionslos die verschiedenen Artikel des Protokollentwurfs angenommen hat.“

et notwendig sei, Deutschland Zusicherungen gegen jede Möglichkeit einer unabhängigen Aktion Frankreichs zu geben

und England Garantien gegen die Reparationskommission. Dieses sei bei dem französischen Ministerpräsidenten nur auf stumme, unausdrückliche Zustimmung gestoßen. Herriot spricht weiterhin von einer Konferenz zwischen Herriot, della Rocca und Sir Eric Croome, die am 24. und 25. Juni stattgefunden habe und eine Einigung, deren Prinzip niemals bestritten wurde, „nur noch Hazer gelagt habe“.

R. Berlin, 7. Juli. (Sig. Tel.) Die Vorbereitung des für morgen angelegten Generalkonferenzen gegen Herriot schlägt ihre Wellen bis Genett. Von einer unbekannt, jedenfalls aber Herriot nicht wohlgefallenen Stelle in London, Paris und Washington wurden Gerüchte in Umlauf gebracht, wonach Deutschland verließen soll, im Vertrauen auf die Rückgeblieben Herriots die Vorlage der Ausführungspläne zum Dawesplan von verschiedenen Vorbehalten abhängig zu machen.

Schießende Hafent Kreuzer

11 Verletzte

Wien, 7. Juli. (Sig. Tel.) In Klosterneuburg bei Wien, das am gestrigen Sonntag von zahlreichen Badegästen und außerdem anlässlich eines Arbeiterkulturtages sehr zahlreich besucht war, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und einer Gruppe von 120, auf einer militärischen Übung befindlichen hafent Kreuzerischen Frontkämpfern. Trotz ruhiger und besonnener Haltung der Arbeiterturner gaben die Hafent Kreuzer etwa 100 Schüsse ab, durch die 11 Personen verletzt wurden, darunter zwei schwer. Dieser Feuerkampf löste in der Stadt Klosterneuburg eine ungeheure Panik aus.

Der Arbeitsplan des Landtages

F. Dresden, 7. Juli. (Eig. Tel.) Das Gesamtministerium hat in seiner letzten Sitzung den Entwurf einer Neuordnung des Beamtenbesoldungsgesetzes beschlossen, die die Beamtenbesoldung in derselben Weise regelt, wie es im Reich durch die Entscheidungen des Reichstages und der Reichsregierung geschehen ist. Ferner wurden verabschiedet, der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umzugskostengesetzes, der Entwurf eines Gesetzes über Neuordnung der staatlichen Ruhestands- und Hinterbliebenenbezüge der früher kirchenamtlich tätig gewesenen Volksschullehrer, der Entwurf einer Vorlage der durch das Hochwasser in der Oberlausitz Geschädigten und der Entwurf eines Jagdgesetzes. Auf Antrag des Wirtschaftsministeriums wurden die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten Dresden, Leipzig, Mecklenburg und Pommeren in die Reihe der wissenschaftlichen Versuchsanstalten aufgenommen.

Dem Landtag liegt für seine Mitwirkung ein großes Arbeitsprogramm vor. Nicht weniger als 22 Punkte sollen erledigt werden. Die Mehrzahl der Stoffe wird die Vollstreckung wenig ausgereiften Gesetzen, die Ausschüsse ohne Ausschüsse genehmigt werden, so oft verziehen die Berichterstatter auch auf das Wort. Selbst die sonst so fleißigen Kommunisten ersparen es sich, durch das mündliche Erheben von den Eiden die Zustimmung zu fördern. Trotzdem wird der Landtag noch genug interessante Vorkämpfe bieten. Da ist in erster Linie der Ausgleich mit dem früheren Königslande gutzuführen, das mit einer Aufwertung von 15 Prozent seiner Rente auch in der Republik den Kleinrentnern vorzuziehen, und das seitige Justizkapitel.

Die Ausschüsse haben inzwischen fleißig gearbeitet. Die Demokraten erlauben die Regierung, angeht die ungeheuren Kreditnot und der dadurch herbeigeführten Stilllegung von Betrieben aller Art schnellsten Maßnahmen in die Wege zu leiten, nur durch Bereitstellung von ausreichenden Krediten Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe in ihren letzten Lebensstadien zu erhalten. Die demokratische Fraktion wird in der Begründung ihres Antrags wohl auch die Wege weisen, wie der Kreditnot abgeholfen ist. Die Sozialdemokraten werden ebenfalls. Sie fragen, was die Staatsregierung getan hat und was sie zu tun gedenkt, um den Betriebsstilllegungen entgegenzuwirken und gegen die willkürlichen Entlassungen von Arbeitnehmern einen ausreichenden Schutz zu gewähren sowie den Erwerbslosen und Kurzarbeitern eine Unterstützung zu sichern. Bei dem Justizkapitel werden die Kommunisten eine Verbesserung der Lage der Strafgefangenen durch eine Reihe von Maßnahmen verlangen. So soll in jeder Anstalt mindestens ein Arzt für 200 Gefangene beschäftigt werden und ebenso mindestens eine hauptamtliche Lehrkraft für 100 Anstaltsinsassen. Weiter soll verheirateten Gefangenen in bestimmten Zeiträumen der Besuch der Ehefrauen in Abwesenheit von Aufsichtsbekannt gestattet sein. Schwangere dürfen weder in Straf- noch in Untersuchungshaft genommen werden, und auch während der Stillperiode soll eine Inhaftnahme oder Inhafthaltung ausgeschlossen bleiben. Der Staat soll zur Fürsorge für die entlassenen Gefangenen verpflichtet werden.

Das Staatskapitel „Pädagogisches Institut in Leipzig“ wird dem Ausschussantrag nach genehmigt. Beim Kapitel „Dresdener Technische Hochschule“ sollen in den nächsten Plan Beiträge an die Wirtschaftshilfe sowie an die Darlehnskasse der Deutschen Studentenschaft eingestellt werden. Dies verlangt der Haushaltsausschuss in einem Mehrheitsantrag.

Im Polizei-Etat soll der Beamtenapparat des Nachrichtendienstes stark eingeschränkt werden. Die Ursachen sind bekannt. Der sogenannte Nachrichtendienst hat noch in der Zeit des Ausnahmezustandes eine öffentliche Aufzucht an die Bevölkerung zu möglichst zahlreichen Angehörigen gebracht. Auch hinter dieser Forderung steht die Mehrheit des Ausschusses. Weiter soll im Nachtragsplan für 1924 oder im Haushaltsplan für 1925 für die Ausbildung und Fortbildung der Polizeibeamten ein größerer Betrag eingestellt werden und bei der Überführung der Polizeipolizei in die Landespolizei die Aufstellungsverhältnisse der bisherigen Landespolizeibeamten nicht verschlechtert werden. Die Kommunisten fordern die Auflösung der Polizeimittelstellen, sowie der berittenen Abteilungen. Alle Polizeibeamten, die auf Veranlassung des Generals Müller ihres Dienstes entlassen wurden, sollen sofort in ihre früheren Stellen wieder eingestellt werden. Militärische Übungen, insbesondere Feldübungen, dürfen von Polizeibeamten nicht mehr veranstaltet werden.

Dresden, 7. Juli. (Eig. Tel.) Eine Mitteilung der Staatskanzlei besagt: Nach dem Gesamtministeriumsbeschluss vom 2. Oktober 1923 war der Direktor der Bundesanstalt Bräunsdorf, Geheimrat Regierungsrat Böttcher, auf Grund des Gesetzes von 1896 in den einwöchigen Ruhestand versetzt worden. Da die Gründe, die seinerzeit die Entlassung des Gesamtministeriums herbeigeführt haben, eine solche Maßnahme nicht rechtfertigen, hat das Gesamtministerium durch Beschluss den genannten Gesamtministeriumsbeschluss wieder aufgehoben. Geheimrat Regierungsrat Böttcher ist nunmehr auf seinen Antrag mit dem 1. Juli des Jahres unter Anerkennung seiner langen, dem sächsischen Staat geleisteten treuen Dienste in den dauernden Ruhestand versetzt worden.

Rückkehrerlaubnis für Eisenbahner

Moskau, 7. Juli. (Eig. Tel.) Eine neue Liste verzeichnet mehr als 700 Namen von Ausgewiesenen aus Stadt und Kreis Rains, denen die Rückkehr wieder gestattet ist. In der Hauptsache handelt es sich um Eisenbahner. In Ralswiek hat die Rheinlandkommission 182 Eisenbahner und sonstigen Personen die Rückkehr erlaubt.

Das Urteil im Hermann-Kunze-Prozess

Meinung, 7. Juli. (Eig. Tel.) Im Prozess gegen den früheren sächsischen Innenminister Hermann und seine Mitangeklagten ist heute nach vierstündiger Beratung des Gerichtshofes das Urteil verkündet worden. Minister Hermann wurde wegen falscher Beurkundung zu einer Geldstrafe von 1000 Goldmark, Kreisdirektor Renner-Kleinungen wegen des gleichen Vergehens in zwei Fällen zu einer Geldstrafe von 1300 Goldmark, Kreisdirektor Hirschelmann-Eisenach wegen des gleichen Vergehens in einem Falle zu einer Geldstrafe von 1000 Goldmark und Kreisdirektor Faulian-Roda zu einer Geldstrafe von 500 Goldmark verurteilt. Kreisdirektor Koch-Gotha wurde freigesprochen.

Hinsichtlich des zweiten Teiles der Anklage, in dem gegen den früheren Minister Hermann der Vorwurf von Aktenbeseitigung im Falle des früheren Regierungsrates Kopf erhoben wurde, erfolgte vollständige Freisprechung. Der Angeklagte Kunze erhielt wegen der ihm nachgewiesenen Vergehens eine Gesamtstrafe von 1 1/2 Jahren, auf welche die sechs Monate Untersuchungshaft angerechnet werden sollen.

Aus der Begründung des Urteils ist zu entnehmen, daß bei den Anklageurteilen falsche Beurkundung angenommen wurde, weil die Daten der ausgestellten Urkunden objektiv nicht richtig waren. Bei dem Angeklagten Hermann stellte das Gericht fest, daß er keineswegs aus unedlen Motiven gehandelt, sondern aus einer gewissen noblen Erkenntnis heraus geurteilt habe, den Kreisbeamten früher gegebenen Versprechungen nachkommen zu müssen, deren Erfüllung dann zu spät erfolgte. Es wäre ihm ohne weiteres zu glauben, was er über seine Meinungsänderung über die Art der Einstellung der Kreisverwaltungsbeamten betand habe. Zum zweiten Teil der gegen Hermann gerichteten Anklage, in dem Freisprechung erfolgte, wurde in der Begründung ausgeführt, es läge keine Veranlassung vor, dem Minister nicht zu glauben, daß er mit der Verwahrung des dem Regierungsrat Kopf betreffenden Bescheidens in seinem amtlichen Schreiben dieses nicht dauernd dem Geschäftverkehr habe entziehen wollen.

Ergebnislose Hausdurchsuchungen

Berlin, 7. Juli. (Eig. Tel.) Über das Ergebnis der Hausdurchsuchungen in den Räumen der kommunistischen Fraktion im Reichstag und im preussischen Landtag erfahren wir, daß das Studium des beschlagnahmten Materials den Vorordernach auf Grund dessen die beiden Parlaments-Präsidenten die Erlaubnis zur Hausdurchsuchung erteilt haben, nicht rechtfertigen. Zwar ist die Beschlagnahme insofern sehr peinlich für die Partei, als durch sie die Namen und Adressen ihrer Vertrauensleute in den verschiedenen Beamtenkreisen, bei der Schupo und in der Reichswehr usw. zur Kenntnis der Behörden gelangt sind. Gleichzeitiges Anlagematerial für den Herbst bevorstehenden großen Kommunisten-Prozess aber dürfte diese Hausdurchsuchung ebensowenig ergeben haben, wie diejenige, die vor einigen Monaten zu dem gleichen Zwecke in der russischen Handelsvertretung veranstaltet wurde.

Ein Ergänzungsantrag zum Reichsiedlungsgesetz

Vom Abgeordneten Dr. Böhm wurde mit Unterstützung der übrigen Mitglieder der demokratischen Reichstagsopposition folgender Antrag gestellt:

- Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, zum Reichsiedlungsgesetz vom 11. August 1919 eine Vorlage zu bringen, die folgende Abänderungen enthält:
1. Die Entschädigung für auf Grund des Reichsiedlungsgesetzes abgetretene Land muß auf Wunsch des Landbesitzers insofern in Naturalwertform geleistet werden, als es nicht hypothekarisch belastet ist.
 2. Solchen Landbesitzern, die zu Zeitpunkt oder nach dem Kauf von Grundbesitz angekauft worden sind, ist — sofern sie das Land ordnungsmäßig bewirtschaftet haben — auf Antrag das Eigentumsrecht zu gewähren.
 3. Der Anspruch auf Band aus dem Bestande der Siedlungsstellen Güter kann auch von solchen Landbesitzern, die bereits eine selbständige Unternehmung besitzen, aber unter 100 Hektar zu Eigentum haben, dann gestellt werden, wenn sie nach dem Urteil der zuständigen Fachbehörden in besonders hervorragender Weise ihre bisherige Wirtschaft betrieben haben.

Der ratlose Konvent

New York, 7. Juli. (Eig. Tel.) Da die Bestimmungen auf dem demokratischen Konvent durchaus zu keinem Ergebnis führen wollen, haben die Manager Mac Adams den Vorschlag gemacht, die beiden Hauptkandidaten für eine erfolgreiche Abstimmung zu beistimmen, nämlich die Bestimmung, daß der Präsidentschaftskandidat zwei Drittel aller Stimmen auf sich vereinigen müsse und die Delegierten eines jeden Staates verpflichtet seien, ihre Stimmen geschlossen für einen vorher bestimmten Kandidaten abzugeben. Man glaubt, bei freier Stimmabgabe der einzelnen Delegierten sehr schnell zu einem Ergebnis zu kommen.

Ein unverschämter Döfling

Rom, 7. Juli. (Eig. Tel.) Der wegen des Mordes an Matteotti in der Haft sitzende Dumini hat sich jetzt nicht mehr auf Beugnisse, sondern selbst bei der Vernehmung zusehender Aussagen, anstatt auf die Fragen zu antworten. Die Familie Matteotti meint, Dumini sei sicher, daß seine Freunde ihm vor der Gerichtsverhandlung die Flucht ermöglichen.

Sachverständigenurteilen und Arbeitnehmerschaft

Von Alexander Vogel (Leipzig)
Vorstand der Arbeitnehmerschaft der DDB.

Der folgende Aufsatz nimmt zum Sachverständigen-Gutachten des Arbeitnehmers Sachverständigen-Ausschusses Stellung. Mit diesem Vorbehalt ist, doch mit der Betonung, daß die Stimme der Arbeitnehmerschaft ist, geben wir den Artikel hier wieder.

Die deutsche Arbeitnehmerschaft, deren willige Opferbereitschaft an der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens als Voraussetzung für das Gelingen angesehen werden muß, ist, von einigen einflussreichen Gruppen abgesehen, der Auffassung, daß zur Abwendung weiteren wirtschaftlichen Niederganges eine schnelle Durchführung notwendig ist. Sie kommt zu diesem Schluß, obwohl eine Reihe der im Damesplan niedergelegten Bestimmungen (Umstellung der Reichsbahn, Monopolbildung usw.) die Zustimmung der Arbeitnehmer zu diesen Fragen außerordentlich erschweren. Die Zurückstellung berechtigter Einwände muß aber von allen Wirtschafts- und Berufsständen geübt werden, wenn nicht der letzte Versuch zur Lösung des Reparationsproblems mißlingen soll. Einleuchtend wird zweifellos sein, daß sich so leicht nicht wieder ein internationales Kollegium von Wirtschafts- und Finanzsachverständigen findet, das sich monatelang mit dem heißen Eisen der Reparationsfrage befaßt. Vor allem dieser Gesichtspunkt beeinflußt stark die Stellungnahme der deutschen Arbeitnehmerschaft zu einzelnen wichtigen Punkten des Gutachtens, die nachstehend kurz beleuchtet werden sollen.

1. Umwandlung der Reichsbahn

Die Sachverständigen empfehlen unter Vorlegung einer umfassenden Rentabilitätsberechnung die Umwandlung der deutschen Eisenbahnen in eine Aktiengesellschaft. Dieser Weg braucht nach Ansicht der Sachverständigen weder über eine allgemeine Erhöhung der Tarife noch über eine Lohnsenkung zu führen. Demgegenüber die Höhe heute kaum 50 Prozent der den englischen und amerikanischen Eisenbahnen gewährten Entlohnung.

Der vor mehreren Jahren von der deutschen Schwerindustrie ausgeführte Vorstoß, die Deutsche Reichsbahn in ihre Gewalt zu bekommen, ist noch nicht vergessen. Stille Erörterung über den geplanten Aufbau herrschte leiserer in weiten Kreisen des Volkes. Wenn der lange vorbereitete Plan trotz der schwankenden Haltung der damaligen Regierung schließlich scheiterte, so war das in erster Linie dem heftigen Widerstand der Masse der Arbeitnehmer und ihrer Selbstgewerkschaften zu danken. Wenn nun jetzt bei Durchführung des Gutachtens demnach die privatwirtschaftliche Betriebsform Platz greifen soll, eben weil der Bericht der Experten als Ganzes angenommen werden muß, so bedeutet das für die gesamte Arbeitnehmerschaft einen Bericht an grundsätzlicher Art. Eine Abwägung kann allerdings darin erblickt werden, daß der Regierung eine weitestehende Aufsicht über Betriebs- und Tarifwesen auszuüben wird, wie in auch mit erheblicher Deutlichkeit von den Gutachtern der Wille zum Ausdruck gebracht wird, daß man nicht daran denke, Deutschland der Verwaltung der Eisenbahnen zugunsten der Arbeiter zu berauben. Da das Gutachten keinen Zweifel darüber läßt, daß nach Leistung der veranschlagten Summen auf Reparationskonto späterhin die Gestaltung der Betriebsform Deutschland überlassen ist, so erwarten die Arbeitnehmer von der Reichsregierung, daß die Rücknahme der Eisenbahn durch das Reich in dem in den nächsten Wochen vom Reichstag zu verabschiedenden Umwandlungsplan eindeutig festgelegt wird.

Sollten die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte, monach durch Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Reparationskommission die Beibehaltung der bisherigen Betriebsform unter bestimmter Aufsicht der vollen Leistung der von den Experten veranschlagten jährlichen Zahlungen erreicht werden sei, sich bewahrheiten, so würden die deutschen Arbeitnehmer diesen Erfolg der Regierung freudig begrüßen.

2. Die Belastung der Industrie

Von der Tariffrage ausgehend, daß die Reichsregierung am 7. Juni 1923 anbot, Industrie, Handel, Land- und Forstwirtschaft mit 10 Milliarden Goldmark zu belasten, belastet das Sachverständigen-Gutachten die deutsche Industrie mit mindestens 5 Milliarden Goldmark. Alle übrigen Wirtschaftszweige werden von den Gutachtern unberührt gelassen. Es wird jedoch empfohlen, auch anderes Eigentum als das industrielle entsprechend zu belasten.

Die Arbeitnehmerschaft erkennt die Meinung der Sachverständigen, daß die Industrie aus dem Vorfalle der Währung, späten Finanzschiebung der Staatshaushalts usw. reichlichen Nutzen gezogen hat, als richtig an. Aber sie ist sich auch einig darüber, daß die Reichsregierung unter allen Umständen dazu schreiten müsse, alle Wirtschaftszweige, nicht nur die Industrie, an der Abtragung der Reparationsverpflichtungen gleichmäßig teilhaben zu lassen.

3. Stabilität der Währung

Für die Arbeitnehmerschaft ist die Währungsfrage augenblicklich eine der wichtigsten. Nach zu deutlich haben die verminderten Währungen der letzten Inflationsperiode vor allen Augen. Eine neue Geldwertung würde kaum von den breiten Volksschichten überstanden werden können. Eben aus dieser Erkenntnis heraus ist eine Ablehnung des Gutachtens, das in der Goldnotenbank eine unbedingte Sicherung der Währungsstabilität schaffen will, schwerlich in Frage zu stellen. Unsere Arbeitnehmerschaft, mit der in den Inflationsjahren ängstlich Haubau getrieben wurde, ist nun einmal das Gut, das am schmerzhaftesten begehrt sein will. Der Wiederaufbau Deutschlands hängt am größten Teil von der Erfüllung dieser Aufgabe ab.

4. Verteilung der Lasten

Die Leistungen, die das deutsche Volk in Ausführung des Versailles-Vertrages bis heute vollbracht hat, sind außerordentlich schwer; sie werden vermutlich bei Durchführung des Gutachtens nicht geringer sein. Bis Ende vorigen Jahres hat die sogenannte Inflationssteuer dafür geleistet, daß zum weltweiten überwiegenden Teile die dritten Volksschichten die wirklichen Träger der Versailles-Verpflichtungen waren. Die Sachverständigen haben die Arbeitnehmerschaft nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck gebracht: Die reicheren Klassen in Deutschland sind nicht in angemessener Weise von dem jeweils in Kraft befindlichen Steuerwesen entlastet worden, weder

in einem Maße, das die Besteuerung der arbeitenden Klassen rechtfertigen würde, noch in einem Maße, das mit der Belastung der reicheren Klassen in anderen Ländern vergleichbar wäre.

Bei genauer Prüfung der finanziellen Belastung der deutschen Volkswirtschaft durch die Versailles-Verpflichtungen muß man unbedingt zu der Überzeugung kommen, daß nur bei härtester Heranziehung aller Staatsbürger zu den gemeinsamen Verpflichtungen eine befriedigende Lösung gewährleistet ist. Oberste Pflicht jeder deutschen Regierung ist es, die notwendigen Steuererhöhungen so zu gestalten, daß der Auspruch der Experten, „daß die wohlhabenderen Klassen mit weit weniger als ihrem eigenen Anteil an der nationalen Last davonkommen sind“, seine Berechtigung in Zukunft verliert.

Daß die deutsche Arbeitnehmerschaft einer starken Regierung, die durch gerechte Lastenverteilung wirtschaftliche Besteuerungspolitik treibt, die Gefolgschaft nicht verweigert, braucht angesichts der Haltung der Arbeiter und Angehörigen während des Ruhrkampfes nicht besonders bewiesen zu werden.

Halblose Gerüchte

Paris, 7. Juli. (Eig. Tel.) Die Haas-Agentur veröffentlicht folgende Depesche aus London: Der Gedanke, die alliierte Konferenz in Brüssel nach London abzuhalten und sie um 14 Tage zu verschieben, soll, wie man sagt, in gewissen englischen Kreisen Anhänger finden. Man ist der Ansicht, daß eine Vertagung gestattet würde, die Helfer zu beruhigen und die Konferenz in politischer Hinsicht besser vorzubereiten. Man glaubt, daß man in dieser Zwischenzeit leicht eine Formel finden würde, die den französischen und englischen Standpunkt gegeneinander ausgleichen könnte. Außerdem würde die Wahl von Brüssel als Konferenzort eine günstigere Atmosphäre schaffen, weil sie den Einflüssen entzogen wäre, die die letzten Ereignisse auf die Londoner Atmosphäre haben könnten. Inoffiziell stellen diese Anregungen keine allgemeine Auffassung dar und mahnen — so schließt die Haas-Mitteilung — noch weniger die Meinung der offiziellen Kreise.

London, 7. Juli. (Eig. Tel.) Bevor heute nachmittag im Unterhaus bei der Beratung des Etats des Auswärtigen die Erörterung der russischen Politik der Regierung einsetzt, wird der liberale Abgeordnete General Speare folgende Anfrage an die Regierung richten: „Wie erklärt sich die Tatsache, daß eine Delegation, die die englische Politik über die auf der bevorstehenden interalliierten Konferenz zu erörternden Fragen und das dabei einzuschlagende Verfahren überlegt, zwar den Regierungen von Italien, Japan, den Vereinigten Staaten, Belgien und Deutschland, aber nicht der französischen Regierung zugegangen ist?“

Obwohl die Antwort auf diese Frage für Ramsay MacDonald nicht schwierig sein wird, indem er erklären kann, daß Herriot als erster von allen alliierten Ministerpräsidenten und am ausführlichsten vom englischen Ministerpräsidenten selbst über den englischen Standpunkt informiert worden sei, dürfte die Frage trotzdem den Ausgangspunkt einer kurzen Erörterung des neuesten englisch-französischen Konflikts bilden, da man zweifellos von vielen Seiten Ergänzungsfragen stellen wird. Wenn sich die politische Hochspannung, die in London herrscht, ist die Tatsache, daß gestern abend in führenden politischen Klubs Londons folgende völlig voneinander abweichende Gerüchte und Mitteilungen verbreitet waren:

Italien und Belgien würden im Interesse der Entspannung der politischen Atmosphäre zwischen England und Frankreich die Vertagung der Konferenz auf unbestimmte Zeit beantragen. Ramsay MacDonald sollte in Paris angetrieben haben, daß die Konferenz in Brüssel stattfinden. Frankreich soll angetrieben haben, daß der am 20. Juli in London eintreffende amerikanische Staatssekretär Hughes einladen werde, die Londoner Konferenz als Vorsitzender zu leiten, um zu verhindern, daß von englischer Seite Programm und Geschäftsführung der Konferenz gegen die Wünsche Frankreichs festgelegt würden. In all diesen Gerüchten ist kein wahres Wort. Man ist auf englischer Seite einflusslos, die Konferenz am 16. Juli durchzuführen, vorausgesetzt, daß Herriot die Senatsdebatte und Ramsay MacDonald die außenpolitische Debatte im Unterhaus erfolgreich überleben.

Widerungen der Luftfahrtbestimmungen

London, 7. Juli. (Eig. Tel.) Nach englischen Vernehmungen hat sich der englische Luftfahrtminister, General Thomson, nach Paris begeben, um in mündlichen Verhandlungen mit General Rostok nicht nur die weitere Kontrolle der Abstrichung Deutschlands, sondern auch die Schwierigkeiten zu besprechen, die der englischen Luftfahrt aus dem schroffen Verhalten der deutschen Regierung bezüglich des Landungsverkehrs für englische Luftfahrzeuge erwachsen sind. Seit Dienstag voriger Woche ist kein englisches Passagierflugzeug nach Deutschland abgegangen, da Deutschland das Landungsverbot nicht erlassen hat, obwohl von englischer Seite für die gleichen Luftfahrzeuge die Landungsgenehmigung in England zugesagt war. Da Deutschland aber anscheinend keine einseitige englische Bau-Konvention bei der Benutzung von Luftfahrzeugen ertheilen wird, sondern von den Alliierten eine Änderung der Luftfahrtbestimmungen des Versailles-Vertrages zu erwirken hofft, soll der englische Luftfahrtminister vor allem die französische Regierung ersuchen, dahin zu wirken, Deutschland auf diesem Gebiete entgegenkommen zu lassen.

General Thomson, der in hervorragender Weise an den Vorbereitungen und Besprechungen von Chateau teilgenommen hat, dürfte aber seinen Aufenthalt in Paris zum Ende nehmen, wenn es erforderlich sein sollte, auf Grund telephonischer Instruktionen von MacDonald mit Herriot über die Vorbereitung der Londoner Konferenz Rücksprache zu nehmen. Die englische Regierung hat die Dominions aufgefordert, kurz vor der Londoner Konferenz durch ihre hohen Kommissare in London an einer Besprechung teilzunehmen, die die Vertretung der Dominions auf der Londoner Konferenz behandeln sollen. Auch von Kanada, das seinen Finanzminister entsendet, dürfte die Dominions als Beobachter vertreten sein. Südamerika soll sogar auf die Stellung des Beobachters verzichtet haben.

(Weitere politische Nachrichten siehe Seite 11.)

Vom Tage

Tagung des Reichsfrauenauschusses der Deutschen Demokratischen Partei

Die diesjährige Tagung der demokratischen Frauen wurde in Würzburg von den Parteifreunden mit einem stimmungsvollen Begrüßungsabend eingeleitet.

Am ersten Tage sprach Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer über „Schule und Elternhaus in der gegenwärtigen pädagogischen Bewegung“. Sie führte etwa folgendes aus: Wir haben Grund, sehr ernsthaft über die Stellung des Elternhauses zur Schule nachzudenken. Nach der Revolution wurde eine dreifache Form der Demokratisierung der Schule geschaffen: Stärkere Mitarbeit des Lehrers in der Schulverwaltung zur Auflockerung des Bürokratismus, Schärfere Selbstverwaltung und Beteiligung der Eltern an der Schule. Wenn auch der demokratische Impuls, die Beteiligung aller vorhandenen Kräfte an der Schule in Selbständigkeit und Verantwortung, durchaus wertvoll ist, so wurde er doch vielfach sehr oberflächlich erfasst. Daher wurde eine demokratische Überorganisation geschaffen; nach heute sind wir aus der Gefahr der doppelten Einrichtungen noch nicht heraus. Der Grundgedanke der Vertretung der Eltern ist die Selbstverwaltung Seite und Humboldt's. Dann kam eine höhere Einsicht hinzu: das Kind werde von der Schule allein nicht genügend erfasst, weil durch die Routine der Pädagogen, die auch heute noch nicht überwinden ist, der Eigenart des Kindes nicht genügend Rechnung getragen werden kann. Die Vertretung der Eltern ist also unbedingt notwendig. Ein weiteres Motiv der engeren Verbindung von Elternhaus und Schule liegt mit dem sozialistischen Schulprogramm zusammen. Die Idee der russischen „Arbeitselementarschule“, einer Schule, durch die das Kind stärker in das Arbeitsleben hineingeführt wird und die Arbeit zwischen rein geistiger Bildung und Arbeitsleben überbrückt werden soll, muß der Elternschaft als Vertreter dieses Arbeitens eine stärkere Mitwirkung zugesprochen. Die Einrichtung der Elternräte sollte ein stilles Zusammenwirken von Elternhaus und Schule erzeugen, eine pädagogische und keine ideologische Einrichtung sein.

Da die Bevölkerung aber zu einer lebensvollen Demokratie nicht fähig war, verließ die Linie der Entwicklung ganz anders. Dabei war ein Verlagen der Frauen nicht zu leugnen, sie ließen sich von den Männern ins Schlepp genommen und wurden ihrer eigenen pädagogischen Wissen nicht gerecht. Die Schwierigkeit für die wichtige Funktion des Elternrechtes liegt auch darin, daß sie einen Zusammenhang der Elternschaft voraussetzt, der nur in seltenen Fällen da ist. Die Elternräte sind Organe ohne Präsentationskörper, und darum schiebt sich die Partei in dieser Funktion ein; das hat die Entfremdung der Elternräte von ihrer eigenen Aufgabe zur Folge. Diese Politisierung aber ist um so bedenklicher, als für ein weiteres Element der Unruhe in die Tätigkeit der Elternräte bringt. Es besteht die Gefahr, daß die Eltern die Schule unter Gesichtspunkten beeinflussen, die nur für die Zeit gelten, in der ihre eigenen Kinder die Schule besuchen. Aber erst wenn das erste Feuer der Reform und der erste Sturm der Reaktion vorüber sind, beginnt für die neue Schulform die richtige Entwicklungsmöglichkeit. Die pädagogische Entwicklung muß der politischen Maßlinie entzogen werden.

Die Politisierung der Elternarbeit bedroht aber auch die andere Form, in der die Eltern die Schule beeinflussen: als Vertreter der Bürgerlichkeit in der staatlichen und häuslichen Schulverwaltung. Die Aufgaben dieser beiden Formen der Eltern-Mitarbeit sind streng auseinanderzuhalten. Der Elternarbeit ist ein ausschließlich pädagogisches Organ und kann nur als solches wirksam sein. An der Gestaltung der Schule organisatorisch und politisch zu arbeiten ist Aufgabe der Organe der Gemeinde und Staatsverwaltung. Dieser Unterschied wird verschoben und verfließt durch das Recht der Erziehungsberufung nach Artikel 146 der Verfassung. Hier ist den Eltern schulpflichtige Kinder zu ihrem Bürgerrecht ein zweites Recht der Bestimmung über die Schule gegeben. Ein Recht, dessen Ausübung in der Konsequenz oft zum Widerspruch der Schulverwaltung führen wird. Selbstverständlich muß es die Schule den Eltern ermöglichen,

ihrem Gewissen hinsichtlich der Weltanschauung und Religion ihrer Kinder zu folgen. Aber die entscheidende Macht des Staates über die Schule muß aufrechterhalten werden. Die demokratischen Frauen dürfen die Entwicklung kulturpolitischer Fragen nicht kritiklos beobachten, sondern für ihre Überzeugung arbeiten.

Am Nachmittag wurde die demokratische Forderung der Gemeinschaftsschule in der Auseinandersetzung mit ihren Gegnern besprochen. Fr. Dehler-Frankfurt wies u. a. auf die Gefahren der Zwergschulen hin, die in kleinen Orten drohen, wenn die Eltern konfessionelle Trennung erzwängen. Überall, wo die Simultanschule bodenkändig sei, werde sie nicht angegriffen. Frau Dreifing-Berlin forderte in einem heftigen Referat, an der Entpolitisierung der Jugend zu arbeiten.

Am Abend fand eine hartbelohnte Rundgebung des demokratischen Reichsfrauenauschusses statt, die von der hiesigen Landesvorstehenden der Frauen, Frau Kieselbach, eingeleitet wurde. Der erste Vorsitzende der Deutsch-Demokratischen Partei Bayerns, Eduard Weich, hielt eine Ansprache, in der er ausführte, daß im welthelminischen Zeitalter nichts geschehen ist, um das Volk politisch und wirtschaftlich zu heben. Wenn in Bayern mit Selbstüberhebung davon gesprochen wurde, daß es eine Ordnungsgemeinschaft sei, so wußte es ihm ganz recht, wenn es von den Besonnenen als Unordnungsgemeinschaft bezeichnet wurde. Wir in Bayern haben für eine Karikaturengezeichener mehr getan, als ein anderes Volk. Hier ist Sammelplatz aller reaktionären Elemente, speziell in München, wo man die Gewohnheit hat, auf alle Dummheiten hereinzukommen. Gerade darum habe ich Hochachtung vor den deutschen Frauen, die den Mut haben, zu ihrer Tagung hier ins Frankenland zu kommen. So gilt Durchdringung der ganzen Öffentlichkeit mit Demokratie, die Erziehung der Jugend in ihrem Glauben. Die Frauen sind über die Mitarbeit der Frauen, denn durch den Einfluß der weiblichen Eigenart wird unter freieselbstständiges Leben mit neuem Geiste erfüllt. Eine hohe Politik, die den politischen Gegner niederrücken: im Dienste des Parteigewissens, ist keine Politik des Aufbaus. Wähler haben eine Politik der Wiederherausforderung, um Deutschland wieder aufzurichten.

Die erste Vorsitzende des Reichsfrauenauschusses, Frau Böhmhoff, schloß dann die Ortsarbeiten auf die Brüder und Schwestern des besten Geschlechtes und sagte: Wir Frauen bedenken uns zu dem Beständigkeitswille, den wir von England und Frankreich jetzt zum ersten Male spüren. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen.

Ahn nahm Frau Dr. Ilse Reide von Dülfer Berlin das Wort und bot der Versammlung einen interessanten Vortrag über: „Deutscher Staat und Republik“. Die Rednerin sprach ausführlich über den Begriff der Republik und erklärte, wie die Deutscher nur in der Republik erhalten und erhalten werden kann. Zum deutschen Wesen gehören neben besonderer Verstandeskraft ausgeprägtes Selbstvertrauen, Naturgefühl und religiöses Empfinden. In der Staatsgeschichte des deutschen Volkes zeigt sich aber auch ein Unfähigkeit, die rechte, bleibende Form zu finden. Der großdeutsche Gedanke kann nie verwirklicht werden durch die Exponenten der Monarchie. Die Republik vermag allein den Todfeind der Deutscher zu besiegen, der Deutscher hat zu besitzigen, der sich als Particularismus zeigt. Es soll leben die Deutscher; es soll leben die Deutsche Republik! — Aus der Versammlung wurde begriffen das Deutschtum als Pflicht.

Ankündigung in den Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten kommen als Anknüpfungspunkt für Deutsche heute im allgemeinen nicht in Frage. Wenn in letzter Zeit aus den Vereinigten Staaten durch die ständige Annäherung zu den Vereinigten Staaten entstehen sind, so ist das durch den großen Einfluß der Finanzwirtschaft in den Vereinigten Staaten, heute ebenfalls mit großem Einfluß in Europa, zu erklären. Der Weltmarkt nach dem Ausland ist heute wichtiger, die Werte für landwirtschaftliche Produkte sind auf dem Weltmarkt außerordentlich niedrig. Unter diesen Umständen ist solche Angelegenheiten gegenüber, die durch Anknüpfung über leichtere Abzahlungsbedingungen vielfach drohend werden, die größte Gefahr am Platz. Die amtlich anerkannte Kursumsetzung ist für Auslandswanderer, z. B. Sochia, Friedrichstraße, 22, ist jederzeit in der Lage, über die jeweils günstigsten Versicherungsbedingungen Auskunft zu erteilen.

Hochverrat vor dem Reichsgericht

Vor dem 3. Strafsenat des Reichsgerichts wurde am Montag gegen den Handlungsgehilfen Walter Dornes aus Würzburg und den Elektrotechniker Ferdinand Kreyer aus Frankfurt a. M. verhandelt. Beide sind des politischen Landesverrats und des Verrates militärischer Geheimnisse, deren Geheimhaltung im Interesse des Staates lag, beschuldigt. Sie haben im Oktober 1923 dem französischen Agenten d'Armont, der sich unter dem deutschen Namen Weingärtner in einem Baseler Hotel aufhielt, Nachrichten, die im Sinne der Anklage frohbar sind, zukommen lassen. Die Verhandlung leitete Senatpräsident Richter.

Aus der Berechnung der Angeklagten ergab sich folgender Tatbestand: Dornes, der oft hellungelos war und dann auf Kosten seiner Mutter und seiner Schwester herumgequert, verkehrte in Cassis mit den Espionen Wähler und Zimmermann, die im Oktober 1923 dem französischen Agenten d'Armont, der sich unter dem deutschen Namen Weingärtner in einem Baseler Hotel aufhielt, Nachrichten, die im Sinne der Anklage frohbar sind, zukommen lassen. Die Verhandlung leitete Senatpräsident Richter.

Rohrburg wurde nicht erreicht, da bereits bei Lichtensfeld die Straße von der Reichswehr gesperrt war und so leiteten beide nach Remberg zurück. Von hier aus landeten sie in der Reichswehr, von denen nur zwei den inzwischener verhaltenen Franzosen erreicht haben können und melbten unter anderem die damals an der sächsischen Grenze erfolgten Truppenaufmärschen.

Nach einem unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehaltenen Gutachten des Hauptmanns Tschunke (Berlin) sprach der Vertreter der Anklage, Reichsanwalt Dr. Wischen. Er betonte, daß eine ostentative Spionageverbindung vorliegt und beantragte demgemäß nach dem Espionagegesetz für beide Angeklagten eine Zuchthausstrafe von vier Jahren, Abschneidung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre, Stellung unter Polizeiaufsicht und Verfallerklärung der Beträge, die Dornes erhalten hat.

Die Verteidigung beantragte Freispruch, da die Angeklagten sich der Tragweite ihres Unterfangens nicht bewußt gewesen und bisher unbelastet seien, oder zumindest unter Umständen aus den gleichen Gründen.

In der Urteilsbegründung wurde als erwiesen angelesen, daß Dornes bereits beim ersten Besuch des Franzosen gewußt habe, daß es sich um Spionagetätigkeiten handele und solche, später mit Kreyer gemeinsam, vollbracht und planmäßig geleitet habe.

Das Urteil lautete nach Paragraph 1 des Espionagegesetzes wegen Verrates militärischer Geheimnisse gegen Dornes auf vier, gegen Kreyer auf drei Jahre Zuchthaus. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre abgeschprochen und Polizeiaufsicht als zutreffend erklärt. Die Kosten des Verfahrens gehen zu ihren Lasten.

Leipziger Chronik

Verwässerte städtische Milch

Einen für den Rat der Stadt Leipzig unerwarteten Ausgang nahm ein Weidungsprozess, den er gegen den Milchhändler Heinrich Carl Frey in Leipzig, Köhlerstraße 6, angeklagt hatte. Dem Angeklagten war zum Zeitpunkt, in dem am 1. Oktober u. J. vor dem Schöffengericht gegen ihn durchgeführte öffentlichen Hauptverhandlung (in der es sich um die gegen ihn erhobene Beschuldigung handelte, die von ihm an die städtische Milcherei in Leipzig gelieferte Milch sei entrahmt gewesen) überhaupt nicht bekannt.

... unter der Leitung des Direktors Vogel und des Betriebsleiters Benz lieferte die städtische Milcherei selbst gewässerte Milch. Außerdem schloß sich der Rat der Stadt Leipzig durch eine Anzeige, die Frey am 6. Oktober u. J. bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eingereicht hatte, indem er die obenerwähnte Tatsache erneut behauptete, schwer gekränkt. Vor allem wurde es als beleidigend empfunden, daß sich die Anzeige in erster Linie gegen Direktor Vogel und den Betriebsleiter Benz richtete und behauptete wurde, daß die Verwässerung mit Milch und Wasser des Betriebsleiters Benz zusammenhänge. Außerdem nahm er für sich den Schutz des § 93 (Wahrung berechtigter Interessen) in Anspruch.

Im Laufe der Auseinandersetzung stellte sich heraus, daß im Betrieb der städtischen Milcherei zu Leipzig nicht alles so ist, wie man es von einem vorbildlichen Institut, das lediglich im Interesse der Einwohnerlichkeit arbeitet, erwarten dürfte. Vorausgesetzt muß werden, daß die städtische Milcherei die Aufgabe hat, Milch, die von den Pächtern nicht abgeholt werden kann, zu sammeln, um sie dann nach vorheriger Neutralisierung (Entsäuerung) mittels eines Zuges von Natronlauge, verbunden mit einem Erhitzungs- und nachfolgendem Abfüllungsprozess der Mischmilch wieder zugänglich zu machen. Auch wird in dem städtischen Milchbetrieb die Milch pasteurisiert, gerinnet und in Fällen von Krankheitserscheinungen unter dem Mikroskop genüßfähig gemacht, ohne daß an der natürlichen Beschaffenheit des Produktes eine Veränderung eintritt.

Der Zeuge Milchhändler Georg Carl Schmeier betonte, er habe wiederholt den Neutralisierungsprozess beobachten können und gesehen, daß, ehe die Milch am Rührer des Apparates zum Vorschein kam, ein nicht unerhebliches Quantum Wasser aus der Vorrichtung herausrieselte. Das Wasser sei rein und klar gewesen. Als zweiter Zeuge wurde der Milchhändler Johannes R. Fischer in Leipzig vernommen. Er bezog ebenfalls lange Zeit seine Milch aus der städtischen Milcherei und wurde eines Tages gleich Frey wegen Milchfälschung angezeigt. Die beschriebene Milch kamte aus der städtischen Milcherei, und Fischer behauptete, die minderwertige Qualität könne in dem städtischen Betrieb erzeugt worden sein, weil hier die Verfeinerungen verschiedener Güter und Händler zusammengewürfelt würden. Auch sein Eindruck gegen den erhaltenen Strafbefehl hatte Erfolg. Er wurde freigesprochen.

Einer der Hauptzeugen ist der Ritterschaftsbesitzer von Miltwitz in Dornerdöbichau. Er kommt weniger für die von Frey angeführten Fälle, sondern als Indiz in Betracht. Die Dornerdöbichauer Milch ist wegen ihres großen Fettgehaltes bekannt. Da in Dornerdöbichau die Raul- und Klauenmilch ausgebrochen war, mußte die Milch erst die städtische Milcherei durchlaufen, ehe sie an die Verbraucher abgehen werden durfte. Vorgeht hat sich nun durch viele Prüfungen des vereidigten Rührungsmittelchemikers Dr. Wirt (Leipzig) gezeigt, daß die Dornerdöbichauer Milch nach ihrem Wiedererhalten aus

bist zu bilden, an dessen Spitze sich der ehemalige Finanzier der Depolitanbank Arthur Deufel stellt. Die Berliner verpflichteten sich, ihre Anteile bis Ende des Jahres 1923 voll einzuzahlen, was auch tatsächlich geschehen ist. Die Wiener Sanktionsmaßnahme übernehmen es, ab 1. Januar 1924 in monatlichen Raten bis Ende Juli ihre Anteile einzuzahlen, weil Richard Strauß in diesen Intervallen das Geld für die Baufkosten brauchte. Von diesen Raten zahlten einige pünktlich ihre Raten ganz oder teilweise, während andere noch nicht einen Heller erlegten. Der Finanztrach hat aus diesem Grunde keine Freude mehr. Dr. Strauß hält sich nicht an den Sanktions, sondern an seinen Verleger Kurtzner. Kurtzner bleibt in dieser Situation nichts anderes übrig, als alle nicht eingezahlten Anteile zu übernehmen. Für die vereinbarte Summe von 50.000 Dollar übergeben städtische Rechte auf die Anteilhaber des „Intermezzo“. Strauß hat sich einzeln und allein 25 Prozent aus den eingehenden Raten erhebt. Für die Uraufführung wünscht der Komponist die Mitwirkung von Vera Schwarz und Richard Taubert in den Hauptrollen. Es ist noch nicht abgemacht, ob diese zwei Künstler mitteden werden, weil Direktor Schall sich gegen ihre Freigabe schon mit Rücksicht auf das Wiener Musikfest wehrt.

Rudolf Haas, der von 1902 bis 1919 an der Leipziger Operette als Regisseur und Kammerling tätig war und jetzt in Leipzig im Ruhestande lebt, wird am 8. Juli 75 Jahre alt. Er zog als junger Mann den Hof des hiesigen Hofbeamten aus, um zur Bühne zu geben und hat an wohl zwei Dutzend Theatern Österreichs und Deutschlands und auf großen Festen mit Gastspielgesellschaften ein richtiges Wanderleben geführt, bis er als Fünziger vom Münchener Gärtnerplatztheater nach Leipzig kam, wo er als Liebessänger und seiner Regie von typisch österreichischer Herkunft sich nicht nur in der Operette, sondern auch, zumal in Ausengstbevoll, gelegentlich im Schauspiel viele Freunde erwarb. In der schlimmsten Inflationszeit der Jahre 1922/23 zwang die Not den alten Herrn zu Geldspielen an der Operette. Möchte die Bühnenpensionsstaffe — Haas ist nicht händlerischer Pensionär — wenigstens in Zukunft in der Lage sein, dem verdienten Künstler einen behaglichen Lebensabend zu sichern.

Neuidentifizieren. In der Franziskuskirche in Paris wurden nach dem „Officiatore Romano“ mehrere bedeutende Fresken aus dem vierten Jahrhundert entdeckt, die ausgezeichnet erhalten sind.

Die Strauß' „Intermezzo“ finanziert wurde. Der Wiener Korrespondent des „Fraser Tagblattes“ gibt authentische Mitteilungen über den Verkauf der Oper „Intermezzo“, die am 10. Oktober im Dresdener Schauspielhaus zur Uraufführung gelangen wird. Strauß hat vor mehr als einem Jahre dem hiesigen Verleger seiner Opernwerke Kurtzner in Berlin die Mitteilung gemacht, daß sein neues Werk fertig vorliege, und daß er bereit sei, die Oper mit allen Rechten um 50.000 Dollar, die er vermutlich durch den Wiener Verlag „Philharmonie“ erreichen könnte, abzugeben. Die Summe von 50.000 Dollar sei für den Bau seines Hauses am Belvedere in Wien bestimmt. Kurtzner setzte sich mit einem Berliner Bankier in Verbindung, und beide Herren — der Anteil des Berliner Finanzmannes wurde von einem Dolländer übernommen — zeichneten 15.000 Dollar. Den Rest sollte ein Wiener Sanktionsaufgeben, das sich aus Strauß' verebret zusammenführen würde. Den Bemühungen der Wiener Freunde gelang es, ein solches Sän-

Aus einer kleinen Sommerfrische

Von Peter Squenz
Introduction.

Da man durchaus nichts anderes zu tun hat, beschäftigt man sich damit, mich zu beobachten. Die anderen alle, die vor mir gekommen sind, wurden der Reihe nach, wie ich, beobachtet, sind inzwischen bekannt und somit uninteressant geworden. Mich aber umschließt zurzeit noch der Nimbus des Unerkennbaren, es geht mit mir noch nach dem Worte Vergessens:

„Was du nicht kennst, das treibt die Phantasie.“
Gehelminthologen Würzburger zu...
Denn haben sich die Wesen vom Frühstücksstisch über den Rand der Strandbühnen empor, wenn ich erachte; darum stellt man's fest, als sei ich ein von Poiret gefandenes Mannequin, wenn ich mich umgelehrt habe; man sucht zu erschaffen, was ich sehe. Die jungen Mädchen tobten über mich herüber mit ihrer Willigung ihrer sonst so empörten Mütter — die hier eine Willigkeit leben, als erste über mich informiert zu sein.

Am Abend des dritten Tages erschließt mir beim Servieren der Ober: „Man hat sich diesmal noch Ihnen erkundigt.“
„Was unter den dreien jene schlaffe Dame, die jetzt ihre Zigarette anzündet?“
„Die mit dem goldbroten Haar?“
„Goldbrost? Besser: rotbraun.“
„Wein. — die hat leider noch nicht gefragt.“
„Weider. Wer ist sie?“
„Frau A. aus A. Sie ist Witwe und allein hier.“
„... Danté. Und denen, die noch mit fragen, — welche Auskunft geben Sie ihnen?“
Der Ober lächelt: „Welche Auskunft? Eine sehr interessante...“

„Sie wissen aber doch gerade nur, wie ich heiße.“
„Ja, aber man denkt sich ja mancherlei; und ich tue nämlich alles, um für die Unterhaltung der Gäste zu sorgen.“
Der Mann ist ein erfahrener Sommerfrischling-Pädologe und geht von dem psychologischen Stand aus, daß auch auf einer solchen Kränze ein richtiger Schluß aufzuerbau werden kann. Daß zum Beispiel die einsame goldbrote Witwe ein Experiment der

Philosophie des Als-ob war, ist klar. Die Frau ist rotbraun, reist mit ihrem achtzehnjährigen Sohn und erwartet Begegnung ihren Gatten.

Der Himmel weiß, welche Charaktereigenschaften der Ober mir angedichtet hat! Ein solches, ein Mißtrauen grenzenloses Interesse ist nicht notwendig.

Der Nachmittag.

Man hat gegessen, und man hätte nicht über Luft, einen Mitgesprächsel zu halten. Da erheben die Gegenstände ihr Haupt: Im geschlossenen Raum? Dazu geht man doch nicht aufs Land...
Im Freien also, aufs Gras legen? — Müden schwärme bedröhen, die Sonne bestrahlt den Schläfer. Und im Schatten ist's zu kühl. Ueberdies ist vom letzten Regen der Boden sichtlich noch ein wenig feucht. Resultat: Mit Schlofen ist's nicht, weder im Zimmer noch im Freien...
Soll man spazieren gehen? — Den ganzen Vormittag schon war man aus; ist müde nach dem Essen. Und die Sonne brennt zu heiß...
Rufen also... Ich möchte wohl... ich habe nicht... „Du hast ja einen ganzen Rord voll von Bücher mitgeschleppt.“ — Ja, — darunter aber ist nichts, wozu ich im Moment Luft hätte...
So tut man denn von alledem nichts. Man schläft nicht, und man ist nicht wach; man beschäftigt sich nicht, und man ruht auch nicht; man macht nicht Bewegung, und man bleibt auch nicht auf einem Fleck... Und wenn dann der Gong zum Abendbrot ertönt, so ruht man in Unterbewußtsein — ganz, ganz leise... „Gott sei Dank!“ und man fragt, sich zum Essen niederlegend, die anderen, wie sie den Nachmittag zugebracht haben. Man ist neugierig, welche Sätze die Antwort geben wird.

Reunion.

Man begrüßt einander lächelnd, weil man — hier erst bekannt geworden — sich niemals noch im ferren Angen gezeigt hat. Verbrannte Gesichtserkonturen harrt mit leuchtend weißen Krügen; der Ausschmitt des Abendfeldes ist weiter als der der weißen Pfänder, das die Damen todsünder zu tragen pflegen, der Rücken ist also in drei Streifen geteilt: rot; Haut, weiße Haut, Kleid...
Stehend und vertegen schreiben die Eingeborenen einher, sonst natürlich-nette Menschen, jetzt bemüht, häßlich auszusehen. Grobste Figuren mit einem

Rale. Doppelt gerastet beim Tanzen; todernst das heiße Gesicht, der Rücken kerzengerade. Die Damen halten Taschentücher in der Hand, die Herren biegen die pomadefarbenen Haarstrahlen zurück.
Und der Stäbter läßt sich überlegen. Minderwertigkeitskomplexe verschwinden im Nu. Auch der Unehelgantente, Ungewandteste glaubt sich einen abgerundeten Dandyl bei solchem Anblick. Mit warmer Verehrung erfüllt das Gefühl des Besterleins die Herzen. Man tut sich, ist boshalt; ist blöde, und glücklich es zu sein.

Brüden heiß wird's, die hohen Krügen der als Sübter meisterten Däbter erschloffen. Das Tuscheln macht den Vorgesetzten keine Freude mehr. „Wie schön ist es um diese Stunde im Clupande. Ober auf dem Dach im Eden!“... Das sagen sie zwar nicht, sie denken es kaum — doch sie fühlen es. Das fehrliche Gefühl zum Schweigen zu bringen, gehen sie endlich schlafen. Die Betten sind hart.

Und doch — trotz alledem — lebt sich hier wunderbar!

Neuidentifizieren. In der Franziskuskirche in Paris wurden nach dem „Officiatore Romano“ mehrere bedeutende Fresken aus dem vierten Jahrhundert entdeckt, die ausgezeichnet erhalten sind.

Die Strauß' „Intermezzo“ finanziert wurde. Der Wiener Korrespondent des „Fraser Tagblattes“ gibt authentische Mitteilungen über den Verkauf der Oper „Intermezzo“, die am 10. Oktober im Dresdener Schauspielhaus zur Uraufführung gelangen wird. Strauß hat vor mehr als einem Jahre dem hiesigen Verleger seiner Opernwerke Kurtzner in Berlin die Mitteilung gemacht, daß sein neues Werk fertig vorliege, und daß er bereit sei, die Oper mit allen Rechten um 50.000 Dollar, die er vermutlich durch den Wiener Verlag „Philharmonie“ erreichen könnte, abzugeben. Die Summe von 50.000 Dollar sei für den Bau seines Hauses am Belvedere in Wien bestimmt. Kurtzner setzte sich mit einem Berliner Bankier in Verbindung, und beide Herren — der Anteil des Berliner Finanzmannes wurde von einem Dolländer übernommen — zeichneten 15.000 Dollar. Den Rest sollte ein Wiener Sanktionsaufgeben, das sich aus Strauß' verebret zusammenführen würde. Den Bemühungen der Wiener Freunde gelang es, ein solches Sän-

Großfeuer in Schlessen

Eine gewaltige Feuerbrunst brach, wie uns aus Breslau gemeldet wird, am Sonntag in der kleinen, kaum 500 Einwohner zählenden Ortschaft Glessdorf unweit des bekannten Wallfahrtsortes Borstau aus.

Der Inflation. In der Londoner Straße im E. W. Berlin tritten sich mehrere junge Leute, ob der Erklärung des Herrn Inflation nach der Bedeutung eines ihrer Freunde Herr Inflation heißen sollte.

Der Fischer ertrunken. In der Nähe des Osterbades bei Bronn hat sich ein schweres Unglück ereignet, bei dem vier Fischer den Tod fanden.

Ein Gedicht über die Oberste. In Wien hat vor kurzem ein Graf Sternberg den Ritter des goldenen Vliesen Grafen Heribert von Sternberg vor dem Hotel Sacher gehandelt und damit eine seit langem schwebende Ehrenaffäre mit einem wichtigen Anlaß beendet.

Er sagt ein Knie aus alter Zeit, Millionen Sternen sein Haupt gemeist. Sein heiliger Selbstdisch heißt: Ehre.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

Der tollkühne Selbstmord. Bei Polisy in der Nähe von Versailles spülte die Seine den Leichnam eines jungen Mannes an die Ufer, der einen Brief an Handgelenk befestigt hatte.

sicherzugehen, den Selbstmord folgendermaßen bewerkstelligt hatte. Er nahm in gewohnter Weise auf seinem Fahrrad Platz, schnallte sich am Sitz fest und trat noch ein letztes Mal, indem er mit der rechten Hand die Lenker auf die Lenkstange knote. Dann nahm er einen Anlauf und fuhr mitten in die Seine hinein.

Die Straße der Schande. In dem Dorf Lindebad Maana in Suffolk wird jetzt die alte Kirche abgerissen, die aus dem vierzehnten Jahrhundert stammt und also vor der normannischen Eroberung gebaut worden ist.

Wochenchau vor Gericht. In Manchester stand die Schauspielerin Miss Peggy O'Reil vor Gericht, die gegen eine Schneiderfirma Klage führte.

Der lebende Thron. Fabelhafte Geschichten aus dem unbekanntem Afrika erzählt der amerikanische Forschungsreisende Major Alexander Powell.

Das Reich zum Beweise ihrer Klasse anzuhängen zu dürfen. Die junge Dame wurde in einen verschlossenen Raum geführt und als sie daraus wieder hervorkam, entstand eine große Bewegung im Saale.

Der „bühnenstarke“ Witzball. Als der spanische Witzball Marroca, der sich in den Revolutionen seines Landes mehr durch erdumwandelnde Geniale als durch humane Aristokratie hervorgetan hatte, in den letzten Tagen lag, malte ihn der Richter, der ihm die letzte Delung spendete.

Der Gipfel erreicht. Nach einem Telegramm des Leiters der Expeditions-Expedition wurden die beiden verunglückten Bergsteiger Mallorie und Irvine von einem der Lager aus beobachtet, wie sie sich 200 Meter unterhalb des Gipfels der höchsten Wetter befanden.

Der lebende Thron. Fabelhafte Geschichten aus dem unbekanntem Afrika erzählt der amerikanische Forschungsreisende Major Alexander Powell.

Ruhe legt, sich auf einem Lager ausbreitet, das aus zwölf menschlichen Körpern besteht. Einem Rechts wohnt in einem großen Hausbau, zu dem alle Weidmänner aus der Umgebung gekommen waren.

Die verlorene Stunde. In Kalifornien ist ein Gesetz erlassen worden, das den Anbau von Wurzeln ausplante, einer Art des indischen Hanfs, aus dem das Haschisch bereitet wird.

Die verlorene Stunde

Ort der Handlung: Die Barbarossastraße in Berlin NO 23, die Villa Carola, das Wohnhaus Kempfins. Personen: Robert Brambor, ein Journalist — Ruth Berander, seine Verlobte — Dr. Garcia, ein reicher Arzt.

Am nächsten Morgen Rennzusammenschau. Angst vor dem Staatsanwalt. Nicht unerwartet, als derber Fäule den Unfallschaden von der Straße weg in ein Auto werfen. Da aber kurzes, klares Denken: als das Auto an Ruth Berander vorbeifuhr (Ruth wartete, wie immer, vor dem Hof), stieg ihr ein Paket vor die Füße.

Am nächsten Morgen Rennzusammenschau. Angst vor dem Staatsanwalt. Nicht unerwartet, als derber Fäule den Unfallschaden von der Straße weg in ein Auto werfen.

Am nächsten Morgen Rennzusammenschau. Angst vor dem Staatsanwalt. Nicht unerwartet, als derber Fäule den Unfallschaden von der Straße weg in ein Auto werfen.

ADCA Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig. Eröffnung von provisionsfreien Rentenmark-Sparkonten. Verzinsung: 10% fürs Jahr bei täglicher Verfügung, 15% 1monatiger Kündigungssparbrief oder auf 1 Monat fest, 20% 3, 22% 6.

Richtliche Nachrichten. Die Dienstadt-Abendblätter in St. Jakobswald, Montag 8 Uhr, finden im Schlossgarten des Hofmanns-Gartens an Johannstraße statt.

Türschloß zu öffnen. „Wer ist denn da?“ fragte erschrocken von drinnen eine weibliche Stimme.

Dreißigstes Kapitel

Schon war Herr Jelling im Korridor. Er prallte gegen Frau Stern und stand atemlos mit dem Köpfchen vor der Erschrockenen da.

„Wie?“ meinte der Atemlose. „Aber Sie verstehen doch!“ ermunterte Frau Stern, „mit wollen auch meinen Mann wecken, meine Schwester ist leider verreckt.“

„Wo?“ meinte der Atemlose. „Aber Sie verstehen doch!“ ermunterte Frau Stern, „mit wollen auch meinen Mann wecken, meine Schwester ist leider verreckt.“

„Wo?“ meinte der Atemlose. „Aber Sie verstehen doch!“ ermunterte Frau Stern, „mit wollen auch meinen Mann wecken, meine Schwester ist leider verreckt.“

„Wo?“ meinte der Atemlose. „Aber Sie verstehen doch!“ ermunterte Frau Stern, „mit wollen auch meinen Mann wecken, meine Schwester ist leider verreckt.“

„Wo?“ meinte der Atemlose. „Aber Sie verstehen doch!“ ermunterte Frau Stern, „mit wollen auch meinen Mann wecken, meine Schwester ist leider verreckt.“

Johannspitzen zu einem Zimmer, das er ab heute gemietet hatte: Nichts, da wurde gesprochen, da wurde geschluchzt, da war 'ne Liebestragödie!

Jetzt kam Dr. Stern, schattenhaft auf Lederpantoffeln, aus dem Schlafe gewackt, und flüchtig orientiert. Schon eilten die beiden Herrn im Dunkeln die Treppe hinab, der Doktor hatte seinen Valetot über seinen Schlafanzug gemworfen, auch Frau Stern schlich zur Zimmertür des Dr. Harby, auch sie vernahm erneut das Schluchzen und leise Worte der Jählichkeit, es schien, man verhöhnte sich da betrunnen, aba —

Jetzt kam eine ganze Prozession bei Streichholzlicht die Treppe herauf. Der Geheimrat lag reglos, ein dreifünfteliger Bursche schleppte ihn, niemand kannte den Burschen: es war Sod.

Er war gestern abend zum Aufräumen in die Villa Sandow gekommen, und die Geheimrätin hatte ihn erwischt, doch während ihrer Abwesenheit im Haus zu schlafen, es schien ihr besser, daß ein männlicher Schuß in der Villa sei. Der Bursche, der auch hier den Türhüter spielte und dessen scharfe Augenlein die schöne Tochter des Geheimrats verfolgten, hatte am späten Abend Fräulein Sandow plötzlich aus der Villa gleiten sehen, Herr Sandow war bereits um acht Uhr fortgegangen. Sod war der jungen Dame heimlich nachgeschlichen; ohne sich umzuwenden war sie den weiten Weg bis zu Dr. Harbys Wohnung zu Fuß gelaufen. Sie hatte dann ätzend an seinem Haus emporgeschickt, anscheinend hatte sie Licht in seinem Zimmer gesehen, gerade war jemand ins Haus getreten, sie war rasch entflohen mit in die Hofsteie geschlüpft.

Sod aber hatte sich in den Schatten eines gegenüberliegenden Tores gedrückt und finsternen Blickes gewartet.

Sod aber hatte sich in den Schatten eines gegenüberliegenden Tores gedrückt und finsternen Blickes gewartet.

Sod aber hatte sich in den Schatten eines gegenüberliegenden Tores gedrückt und finsternen Blickes gewartet.

Das Schwungrad

Roman von Catherina Godwin

„Ich bin nicht für die ganz jungen Leute,“ gestand Frau Dr. Stern und faltete bei diesen Worten die Visitenkarte des blutjungen Schweden unbemerkt zusammen.

„Sie sollten heute noch ein wenig mit hinauskommen,“ meinte sie, „mein Mann schläft sicher schon, im übrigen: wir könnten ihn vielleicht in einer gewissen Form ins Vertrauen ziehen, es wäre gegebenenfalls auch angenehmer für Sie!“

Heute sprach sie bedeutend vernünftiger und klarer als sonst, ihre sichere Ruhe übertrug sich momentan auf den Verdorben: ja, warum sollte er nicht den offiziellen Rahmen dieses Hotels aufgeben, vielleicht bekannte sie ihm heute den ganzen Zusammenhang.

„Wie steht es denn mit Ihrem neuen Mieter?“ „In der am Ende schon eingezogen?“ „Nein, es ist ein Herr von außerhalb,“ erwiderte Frau Stern. „Der wird überhaupt nicht allzuweit da sein.“ Sie zog es vor, nicht zu bekennen, daß ihr neuer Mieter „Jelling“ hieß.

Nun sah Herr Sandow wieder in dem Salon mit der gelben Lampe. Er sah korrekt neben der schönen Frau, die ihm die Gemälde zeigte, die sie noch zu verkaufen gedachte, falls sich ein wertvoller Liebhaber fände. Während er die wertlosen Bilder kritisierte, doch ohne Interesse betrachtete, neigte auch sie sich so nahe darüber, daß sie immer wertvoller wurden.

„Ich möchte dieses Bild gerne erwerben,“ sagte endlich der Geheimrat und deutete auf eine kleine Landschaft im Ansichtspostkartensicht. Denn trotz ihres tiefen Defizitens war Frau Stern in ihren Bekanntschaften noch immer allzu verschlossen geblieben.

„Da geht doch jemand!“ sagte er erschrocken.

„Am Ende kommt Dr. Harby nach Hause,“ erwiderte Frau Stern stolz, hauchte nach der Tür und riegelte ab.

„Ja, aber —“ flüsterte der Geheimrat verstört und ungehalten, „Sie sagten doch, Sie hätten bereits anderweitig vermicelt!“

„Ich konnte ihn doch nicht einfach auf die Straße setzen, wenn er noch kein anderes Unterkommen hat!“ meinte vorwurfsvoll Frau Stern. „Aber lassen wir uns doch nicht föhren!“ flüsterte sie, „ja, wie gesagt, das Bild — ich wäre gegebenenfalls bereit —“

Wahrscheinlich die junge Frau nicht feilschen, oder schien es ihm nur bei dieser dämmernden Beleuchtung so? Hatte sie ihn hier nicht heraufgelockt und gleichsam eingesperrt? Nebenbei hätte man Dr. Harby pfeifen, nur ganz gedämpft, es waren Doppelketteln zwischen den Zimmern und eine dicke Portiere davor.

„Welche Summe würden Sie verlangen?“ fragte Herr Sandow sachlich und gänzlich ernüchtert. Ihm sollte es gleich sein! Er scheute keine Lieberzahlung, auch das war ein Geschäft wie ein anderes; er würde im Notfall seinen beträchtlichen Schatzzug kalt und unumwunden ausgeben!

Mitteldeutscher Börsenkurier

Die mit **M** versehenen Artikel, Notizen und Kurse sind Originalarbeiten und dürfen nur mit voller Quellenangabe nachgedruckt werden

Wirtschaftskrisen und industrielle Organisation

Von Dipl.-Ing. Dr. Alois Robert Böhm

Die Wirtschaftskrise, die sowohl vom einzelnen in seinem Privatleben weitgehende Sparsmaßnahmen verlangt, als auch von jedem Betrieb eine Herabminderung aller Ausgaben, weil diesen nur ganz geringe Einnahmen gegenüberstehen, trifft die Industrie besonders hart. Denn gerade für sie ist es ungemein schwer, ihre Kräfte plötzlich herabzusetzen. Sie kann ihre Werke nicht ganz stilllegen, weil sie sonst im richtigen Augenblick nicht leistungsfähig ist. Das Anlaufen eines stillgelegten Betriebes bringt stets unvorhergesehene Schwierigkeiten mit sich und ist mit so hohen Kosten verbunden, daß für den Fall einer kürzeren Wirtschaftskrise die Kosten der Betriebsaufrechterhaltung immer noch geringer sind als diese Anlaufkosten. Vor allem aber verliert ein stillgelegter Betrieb an (in- oder ausländischem) Absatzgebiet. Es ist gewiß sehr schmerzhaft für die Industrie, die durch die öffentlichen Stellen überdimensionierten Kräfte auch in der Krisenzeit weiter tragen zu müssen. Gerade in der Periode, in der die Kaufkraft weitaus Schichten ganz erheblich gesunken ist und nur ein scharfer Preisabfall ein wirksames Heilmittel wäre, wird am teuersten fabrikiert. Dem gerade die mit der Wirtschaftskrise eng verbundene Geldknappheit ruft eine unerträgliche Höhe des Zinsfußes hervor, weil das Kapital in dieser Zeit so selten geworden ist.

Nachahmen

man soll der Industrie ergründen, um seinen Betrieb und sich durch diese Krisenzeiten ohne besondere Verluste durchzusetzen? Auf der einen Seite soll und darf er seinen Betrieb nicht stilllegen. Auch eine Verminderung der Belegschaft unter ein gewisses Minimum kommt einer Stilllegung gleich, nur mit dem Unterschied, daß dies eine fortlaufende Kosten verursachende Stilllegung ist. Auf der anderen Seite liegt es nicht in seiner Macht, die auf seiner Erzeugung lastenden vertriebenen Momente (Steuern, soziale Abgaben und hohe Zinssätze für Leihkapital) zu ermäßigen. Die Folge dieser Überlegung müßte die Erkenntnis sein, daß mit einer Verminderung der Selbstkostenelemente eben dort begonnen werden muß, wo die Industrie es selbst in der Hand hat, verbilligte Maßnahmen und Reformen durchzuführen. Bedauerlicherweise jedoch wird bei uns in den meisten Fällen nicht eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit eines Betriebes durch

Reorganisation

angestrebt, sondern versucht, durch eine Betriebsreduktion, die schon in normalen Zeiten eine Verringerung der Produktionskosten bedeuten würde, den Erfolg zu erzielen. So verhält es sich auch in amerikanischen Wirtschaftsmethoden als alleinsetzmaße hinzustellen und das heißt für die europäische Wirtschaft, deren Struktur von der amerikanischen erheblich abweicht, in der blinden Übernahme der amerikanischen Organisation zu verfallen, so muß doch die allgemeine Betrachtung der gegenwärtigen Krise an das Vorgehen der amerikanischen Industrie erinnert werden. Als zu Anfang dieses Jahrhunderts die amerikanische Wirtschaft durch schwere Krisen auf das tiefste erschüttert wurde, da der amerikanische Unternehmer das für den Moment sicher angenehmere und billigere Mittel der Stilllegung nicht angewandt, er hat vielmehr unter Anwendung großer Kosten mit aller Energie seine Betriebe nach allen möglichen Richtungen reorganisiert und verbessert. Die Krise (1904-1905) hat von der amerikanischen Wirtschaft große Opfer verlangt. Aber sie hat die amerikanische Industrie eben dadurch, daß alle Betriebszweige reorganisiert wurden, zur Konkurrentin der europäischen Industrien gemacht. Diese Wirtschaftskrise war somit der direkte Anlaß zu dem nachfolgenden Aufschwung, den die amerikanische Industrie im zwanzigsten Jahrhundert genommen hat.

Das amerikanische Beispiel sollte uns zu denken geben. Unsere Industrie muß zu konkurrenzfähigen Preisen erziehen können, sonst muß sie zugrunde gehen, auch wenn noch so hohe Zollschranken dieses Dabinsichseln zu verlängern trachten. Sie muß also ihre Betriebe reorganisieren und darf die dazu notwendigen Opfer nicht scheuen. Sie muß endlich zu der Überzeugung gelangen, daß es kurzfristig und unwirksam ist, Reorganisationen, die Erfolg versprechen, aus dem Grunde zurückzusetzen, weil sie im Augenblick der Durchführung Kosten verursachen, Kosten, die in allerkräftigster Zeit durch Verminderung der Herstellungskosten herabgebracht werden.

Unter Reorganisationen in diesem Sinne ist nicht nur Verbesserung der Arbeitsweisen, etwa im Sinne von Taylor oder Gilbreth, sondern vor allem auch Reorganisation des kaufmännischen Betriebes wie des technischen Teiles in einem Werk zu verstehen. Vom Moment der Material- und Werkzeugbereitstellung bis zum Augenblick des Verladens und Abrollens der Fertigprodukte muß jeder Vorgang in allen Teilen des Betriebes

schon kontrolliert und überprüft

werden. Man wird dabei zu dem Ergebnis kommen, daß jede Abteilung kleine oder größere Mängel hat, die abzustellen die Schärfe des Konkurrenzkampfes bisher nicht erzwungen hat. Es gibt kaum Abteilungen, in denen sich nicht scheinbar ganz unbeschulden Proportionen der Produktionskosten ausmachen. Es läßt sich da in jedem Betrieb sehr viel verbessern und gutmachen, und die Ansicht, daß der jener Betrieb wenigstens eine gewisse Reorganisation nicht braucht und verdrückt, weil er zu klein ist, ist falsch. Kein Betrieb ist zu klein dazu, nach streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet zu werden.

Schon der Einkauf läßt in vielen Fällen zu wünschen übrig, weil aus falschen Sparmaßnahmen die zweifelhafte törichte Überzeugung der Käufer und der neuangehenden Materialisten oft nur unvollkommen durchgeführt wird oder gar ganz unterbleibt, weil Frucht und Jolltarife meistens nicht mit der ihnen gebührenden Aufmerksamkeit durchsucht werden, ehe die Verhandlungspositionen erforscht und weil in so vielen Betrieben der Einkauf — weil diese Posten nicht entsprechend besetzt

wird — durchaus nicht das umfassende Verständnis für die allgemeine Wirtschaftssituation und für die technischen Erfordernisse seines Wertes besitzt, die neben seinen Fachkenntnissen zur vollen Erfüllung seiner Funktionen notwendig wären.

Die Materialübernahme und Lagerhaltung sind Abteilungen, die noch in sehr vielen Betrieben ungenügend wissenschaftlich behandelt werden. Dem Mangel einer richtigen Organisation in diesen Abteilungen führt wieder die Betriebsleitung oft in unangenehmer Weise, und ihre schädlichen Dispositionen werden durch Mängel in der Materialübernahme und Lagerhaltung oft illusorisch gemacht.

Über die Betriebsleitung und Betriebsorganisation selbst gibt es so viel zu sagen und für jeden Betrieb so verschiedenes, daß ein näheres Eingehen auf diesen Punkt nicht in den Rahmen eines allgemein gehaltenen Aufsatzes paßt. Aber so viel hier gesagt, daß die Kosten der scheinbar unproduktiven Betriebskontrollen und des Terminbüro, der Vor- und Nachkalkulation sehr wertvolle produktive Aufwendungen sind. Doch müssen alle diese Büros und Stellen so arbeiten, daß mit Fertigtätigkeit des Produktes und der Neubau ihrer besten Eingänge auf Fertigtätigkeit auch gleichzeitig eine verlässliche Nachkalkulation vorgelegt werden kann.

Daß eine möglichst gegliederte kaufmännische und Betriebsbuchführung die Ueberblicklichkeit des ganzen Unternehmens außerordentlich erhöht und daß das Ueberwachungssystem durch Einführung von Kartotheken in allen Abteilungen, durch Vertikalfaktik und weitgehende Verwendung von graphischen Darstellungen (Schaukarten) noch immer viel zu wenig anerkannt und gewürdigt wird, steht fest.

In der Verkaufsabteilung wird meist ein großer Fehler gemacht. Entweder wird zu Krisenzeiten das der Verkaufsabteilung angegliederte Propagandabüro stillgelegt oder aber zur Entlastung einer ganz unwürdigen und mehrschreierischen Kasse (Prämien, Ladungskosten und ähnliche Maßnahmen) missbraucht. Nur selten wird gerade in mittleren Betrieben eine rationelle Kontrolle der Propagandaverkäufe durchgeführt, obwohl erst durch diese Kontrolle die ständigen Richtlinien für den Weiterverkauf oder die Weiterverfolgung bereits eingeschlagener Propagandamaße geschaffen werden. Gerade in mittleren und kleinen Betrieben lassen sich dadurch für unwirksame Klammaraufwendungen, die für solche, bei denen Erfolg und Aufwand in einem richtigen Verhältnis stehen, Einsparungen machen, die an richtiger Stelle wieder verwendet, große Erfolge zeitigen können.

Die Leitung, die daran geht, ihren Betrieb zu reorganisieren, muß vor allem auch prüfen, ob sie tatsächlich selbst die vollkommenste Organisation der Grundlageneiner konkurrenzfähigen Erzeugung schaffen kann oder ob Frachtkosten, Betriebskosten, Arbeiterverhältnisse und ähnliches nicht von vornherein die Konkurrenzfähigkeit in gewissen Produkten ausschließen. In diesen Fällen muß eine weischaue und ihrer Verantwortlichkeit vollbewußte Leitung den Betrieb nach Möglichkeit umzustellen trachten und Produkte auf den Markt bringen, bei denen durch Hochwertigkeit die vorerwähnten Nachteile ausgeglichen werden oder aber auch durch Schaffung neuer Arbeitsstellen, vollständigen Wechsel in der Produktion oder der Vertiefung der Arbeitstätten, den unabänderlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Nicht untätig zu warten, nicht die jetzt so beliebte plethorische Inventur als verhängnisvolle Ausrede für eine zeitweilige Stilllegung, nicht das Vertreiben auf bessere Zeiten für die Einführung der als notwendig erkannten Verbesserungen, sondern der energische Kampf gegen alle einmal festgestellten Fehler — und mögen sie auch noch so klein erscheinen — kann unsere Industrie konkurrenzfähig machen und sie stärken im Verbands der Gesamtwirtschaft einen Lebensumfang herbeiführen.

*** d. Die Thüringer Gasgesellschaft, A. G., in Leipzig.** Schloß mit der Stadt Stendal einen Vertrag ab, demzufolge die Stadt die Verwaltung der städtischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke an eine neue G. m. b. H. verpachtet, die von der Thüringer Gasgesellschaft in Gemeinschaft mit der Stadt gegründet wird.

*** d. Die Bergbau-A. G. in Welsow** hat infolge Währungsnot zu ihren Gruben Verminghoff und Clara Feilerichtungen einlegen müssen.

*** Verkaufsstück und Kapitalreduktion bei der Braun, Boveri & Co. Braun, Boveri & Co.** in Baden (Schweiz) sieht sich infolge eines sehr ungünstigen Abflusses genötigt, eine umfangreiche Sanierung vorzunehmen. Der Verwaltungsrat hat davon Kenntnis genommen, daß die Bilanz des Geschäftsjahres 1923/24 mit einem großen Fehlbetrag abschließt und beschloß, bei der Generalversammlung zu beantragen, das Reservereservefonds von 9 Millionen Franken abzuschießen und das Kapital um 30 Proz. von 66 auf 39,2 Millionen Franken zu reduzieren, durch Aktienempfang der Aktien von 500 auf 350 Fr. und von 1250 auf 875 Fr. Wenn auch die Bilanz noch nicht vorliegt, so zeigen die hohen Abschreibungen im Gesamtbetrag von 25,8 Millionen Franken die hohen Verluste, entfallen durch Verluste bei den deutschen Beteiligungen, den Rückgang des französischen Frankenturles sowie durch stark Abschreibungen aus aus dem Schweizer Beteiligungen. Die Gesellschaft hat ihr Aktienkapital seit dem Jahre 1900 in gleicher Höhe von 16 auf 36 Millionen Mark erhöht und war 1920 dividendenlos.

*** Hannoversch & Gneisswerke A. G. in Böhmitz (Ergersberg).** Die Kapitalerhöhung der in 1921 mit 2,5 Millionen Mark gegründeten Gesellschaft um 4,5 Millionen Mark Stamm- und 1 Million Mark Vorzugsaktien hat infolge der Wertenwertung keinen nennenswerten Kapitalzufluß gebracht. Während eines Teiles des vergangenen Jahres war die Gesellschaft voll beschäftigt, in den Herbstmonaten Oktober-November wurde dagegen stark verrückt gearbeitet. Die Bilanz für 1923 weist einen Ueberfluß von 488 277 Millionen Mark aus, der in der Goldbilanz mit verrechnet wird. In dieser Bilanz mußte das Aktienkapital von 13 Millionen Mark auf 736 000 herabgesetzt werden. Im übrigen erscheinen unter den Aktien die Posten mit derselben Summe, wie in der Gegenbilanz, mit Ausnahme der Grundstücks-, Gebäude- und Anlageposten (8 Stück insgesamt), die mit 75 000 resp. 120 000 resp. 125 000 k zu

Buche stehen. Debitoren machen 113 346, Waren 98 546, Bankkonten 15 272, Effekten 35 349 und Rohmaterialien 271 741 k aus. Unter den Passiven stehen neben dem reduzierten Aktienkapital die geleihliche Rücklage mit 72 500 und der Posten Kreditoren mit 68 486 k verzeichnet.

*** H. Grimm, Ratalis & Co. A. G. in Braun-schweig.** Die G. R. genehmigte den Uebertrag der 500 071 Millionen Mark Reingewinn auf die Goldmarkbilanz. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde Vorstandsdirektor Kuch und W. H. Schmalbach, beide in Braunschweig. Die Beschäftigung sei denkbar schlecht. Der Absatz der Fabrikate sei niedriger als in den wenig guten Jahren vor dem Kriege. Dagegen habe die Gesellschaft für das Ausland gut zu tun. Auf eine Anfrage, wie es komme, daß harte Entlassungen erfolgt seien, erwiderte die Direktion, daß während der Inflationszeit eine große Nachfrage nach Rechenmaschinen getrieben habe und ein großes Personal habe eingestellt werden müssen. Jetzt seien die Fabrikate der Inflationszeit nicht mehr unterzubringen, und es müßten Fabrik und Umfang des Personals mit den gegenwärtigen Verhältnissen in Einklang gebracht und daher Leute entlassen werden. Die Direktion sei bemüht, weitere Entlassungen nachher zu machen und Maschinen in den Handel zu bringen, die mit den jetzt vorhandenen Einrichtungen hergestellt werden könnten.

Die Reichsbank am Ultimo

*** Wenn auch die Mitteilung Dr. Luthers,** daß das Staatsguthaben am 15. Juli mit 636,3 Millionen Mark seinen Höhepunkt erreicht habe, irrig war, so sind von den 725 Millionen Staatsguthaben am 31. Juli am Ultimo nur 493 Millionen übrig geblieben. Die Abnahme beträgt demnach 232 Millionen Mark. Davon entfallen nach Luthers Angaben 100 Millionen Mark auf den am 28. Juli fällig gewordenen Teil des Rentenmarktkredits. Von den restlichen 132 Millionen Mark sollte, gleichfalls nach Dr. Luther, ein Teilbetrag zurückgezogene Rentenmark-Schuldwechsel sein, doch findet sich hierfür in den Veränderungen der Aktivenposten kein Anhaltspunkt. Mit 493 Millionen Mark ist das Staatsguthaben am Halbjahres-Ultimo noch recht hoch und liegt jedenfalls über dem Durchschnittstande vom April bis Anfang Mai. Denn erst am 15. Mai hat es endgültig die 500-Mark-Grenze überschritten. Die Verminderung, die das Staatsguthaben am Ende Juni erfahren hat, erbringt jedenfalls — und darauf kommt es an — nicht den Beweis, daß die von der Reichsbank erhobene Forderung, die Steuerlasten zu ermäßigen bzw. das Steuerwesen einfacher zu gestalten, unberechtigt wäre.

*** Etwas anderes jedoch bringt der Reichsbankausweis.** Zunächst unsere übliche Tabelle (alles in Billionen Papiermark bzw. in Goldmark):

Aktiva		1924	
Rollensteine	698 000	(—)	54 000
Rentenmarktscheine	278 168 072	(+)	126 102 893
Münzen anderer Banken	402	(—)	159
Geld	840 404 929	(+)	16 286 443
Rentenmarktschuldwechsel und Rentenmarktschuldwechsel	1 097 554 177	(+)	13 720 249
Sparbanken	21 748 210	(+)	6 746 650
Darlehensbanken	12 999 450	(+)	727 690
Rentenmarktschuldwech.	87 041 400	(+)	11 072 450
Geld	75 377 578	(—)	173 406
Sonstige Aktiva	702 397 412	(+)	76 321 572

Passiva		1924	
Notenumlauf	1 097 348 672	(+)	206 562 820
Renten-S Staatsguthaben	493 043 148	(—)	231 939 221
Rentenmarktschuldwechsel	263 328 716	(—)	302 612 094
Privatguthaben	280 854 171	(—)	65 832 810
Darlehens- u. Rentenmarktschuldwech.	124 798 405	(—)	15 163 353
Sparbanken	80 000 000	(—)	unberändert
Geld	416 582 472	(—)	9 923 775
Verbindlichkeiten aus wechelseitigen Einzahlungen	35 000 000	(—)	10 000 000

Der offizielle Begleittext bemerkt hierzu: Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 30. Juni wurde der Ultimobericht zum weiteren größten Teil nicht durch neue Kreditverpflichtungen, sondern durch Abhebung vorhandener Staatsguthaben bedingt, die in Vorbereitung auf den Beschluß der Anleihe zum Selbstzweck in den letzten Wochen angestiegen waren. Insgesamt sind 402 Millionen Mark an Rentenmarktschuldwechsel und Rentenmarktschuldwech. aus in den Umlauf von 1923 auf 1924 zufließen, der Umlauf an Rentenmarktschuldwech. um 196 auf 172 Millionen Rentenmark. Dementsprechend haben sich die Bestände der Bank an Rentenmarktschuldwech. aus 474,3 auf 278,2 Millionen Rentenmark vermindert. Die Bestände der Bank an Staatsguthaben sind von 493 auf 723,9 Millionen Mark zugenommen, was durch den ausgewiesenen Rückgang der öffentlichen Guthaben um 231,9 auf 493 Millionen Mark.

Die Reorganisation der Anleihekassen war demgegenüber nicht möglich. Die gesamte Kapitalanlage nahm um 37,7 auf 283,1 Millionen Mark zu. Von der Zunahme entfielen 10 Millionen Mark auf einen Rückgang der Summe der öffentlichen Rentenmarktschuldwech. um 15 auf 35 Millionen Rentenmark. Einziges erhöhtes sind die Rentenmarktschuldwech. um 1,8 auf 144,6 Millionen Rentenmark, die Papiermarktschuldwech. um 33 auf 962,2 Millionen Mark.

Die Ausweisungen der Darlehensbestände des Reiches sind weiter bis auf einen Rest von 0,7 Trillionen Mark abgefallen. Im den gleichen Betrag nach in Höhe der Bestände der Reichsbank an Darlehensbeständen. Die schon der offizielle Begleittext bemerkt, wurden die Anforderungen von Geldleihen auf die bestehenden Guthaben verwiesen. Der Umlauf an Rentenmarktschuldwech. und an Papiermarktschuldwech. ist zwar um 403 auf 2840 Mark gestiegen, aber rechnet man um so viel und um so viel mehr durch Gewährung neuer Kredite. Der wesentliche Bestand ist insbesondere ist — vom 23. Juli abgesehen — der niedrigste seit 15. Mai, und nur um wenige Millionen höher als im Durchschnitt vom 7. April bis 15. Mai. Rigoros wehrt die Reichsbank neue Kreditanträge ab. Daran ist im Umlauf der zur Auffassung weiterer Wirtschaftskrisen nichts auszuweichen. Denn es ist nicht Zweck der Reichsbank, einen beliebigen Kreditbedarf der Wirtschaft zu stillen und ihre erste Sorge muß nach wie vor die Sorge um die Stabilität der Währung bleiben. Die Kritik hat sich deshalb lediglich auf die steuerliche Seite beziehungsweise auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates zu beschränken, die allerdings, wie schon erwähnt, die Förderung der Wirtschaft nach Steuererleichterungen bzw. Entlastung des Steuerwesens berechtigt erscheinen lassen. Würde die Reichsbank den Kreditguthaben übermäßig hatgeben, so würde dies eine neue, durch den Steuerdruck hervorgerufene Inflation bedeuten. In diesem Sinne gibt der vorliegende Reichsbankausweis der Vermutung einer Deflationspolitik zunächst keine neue Nahrung. Zwar zeigt der neue Höhepunkt der sonstigen Aktiven mit 702 Millionen Mark, daß neuerlich erhebliche Dienstpostenbeträge aus der innerdeutschen Wirt-

schaft herausgepreßt wurden, doch ist der Notenumlauf, wie schon erwähnt, gerade auch als Gegenleistung dafür, entsprechend gestiegen. Auch die Verminderung der privaten Guthaben auf 281 Millionen Mark ist noch nicht der niedrigste Stand dieses Postens seit dem 7. April. Am 31. Mai betragen die Privatguthaben nur 250 Millionen. Es wird also wohl sehr darauf ankommen, wie sich die Guthaben privater Rechtsunterthanen im Laufe des Juli wieder erholen können.

Wer von den Reichsbankausweisen des Halbjahresultimos eine Klärung gewisser Fragen erwartet hat, kommt zunächst noch nicht auf seine Rechnung. In dieser Beziehung mußte man ganz mit Recht auf viel schlimmere Zahlen rechnen, als sie der Ausweis tatsächlich gebracht hat. Soweit ist die Enttäuschung angenehm. Aber die Unsicherheit bleibt bestehen und damit die Frage, was die Zukunft bringen wird. Man wird sich dabei vor Augen halten müssen, daß das Damesgutachten eine Neuregelung der deutschen Währung vorsieht. Das Gutachten ließ es offen, ob eine neue Notenbank errichtet werden solle, oder ob die Reichsbank bestehen bleiben und als Notenbank nach dem Dames-Gutachten eingerichtet werden solle. Hier müssen sich die Zeichen, die dafür sprechen, daß die

Reichsbank die künftige Notenbank

des deutschen Volkes sein wird. Diese Vermutung führt sich insbesondere auf die Ausführungen, die Herr Schacht in der Generalversammlung der Reichsbank-Anteilhaber gemacht hat. Daß eine Umstellung der Reichsbank erfolgt, will kaum etwas anderes belegen, als daß sie bestehen bleibt und die Rolle, die der Notenbank des Dames-Gutachtens zugedacht ist, übernimmt. Geht man von dieser Voraussetzung aus, dann ergibt sich für die gegenwärtige Politik der Reichsbank neben der Erhaltung der Stabilität der Währung noch ein anderer Gesichtspunkt, den es mit größtem Eifer zu verfolgen gilt, damit die Einrichtung der Reichsbank als neue Notenbank sich möglichst reibungslos vollziehe, die

Reorganisation

Reorganisation.

Wir allem Eifer wird ein Referendumsangewandelt, um die kommende Notenbank von Anfang an mit inländischen Mitteln möglichst gefestigt ins Leben zu stellen. Wahrscheinlich will man zur Drittelbedeutung zurückkommen und sammelt deshalb, soweit die eigenen Mittel reichen, Gold und Devisen. Unausführlich sind der Bestand der Reichsbank an Darlehensposten. Die Darlehensposten werden abgebaut. Ihre Aufgabe ist erfüllt. Wenn man die Politik der Reichsbank von dieser Seite betrachtet, steht man die gewaltige Aufbaubarbeit, die der jehige Reichsbankpräsident in kurzer Zeit geleistet hat. Das sollte die Hoffnung geben, daß die Unsicherheiten, die das Dames-Gutachten über die deutsche Notenbank enthält, in einem für Deutschland günstigen Sinne beseitigt werden. Denn wer eine solche praktische Arbeit leisten kann, den kann man auch für die Zukunft die Führung der deutschen Geldpolitik losgelassen anvertrauen. Aber Herr Schacht, der sich bisher als geschickter Unterhändler erweisen hat, wird gewiß nur dann die Leitung der deutschen Notenbank übernehmen, wenn seine Machtbefugnisse so groß sind, daß er die deutsche Währungs-, Diskont- und Kreditpolitik voll in seiner Hand hat. Damit wäre der wesentliche deutsche Einfluss bei der Notenbank gestärkt. Es ist nicht anzunehmen, daß die fremden Unterhändler, deren Uebernehmen zunächst noch besten Willen bezeugt ist, bei der Errichtung der deutschen Notenbank diesen guten Willen verleugnen und den deutschen Forderungen, die Rechte des Generalrates und insbesondere des Kommissars (scharf und vor allem so zu begreifen, daß die Notenbank tatsächlich eine deutsche Notenbank ist, jede Berechtigung abspreschen werden. Es gibt die bisherige Tätigkeit der deutschen Reichsbank, die auf Stabilität der Währung und Reorganisation bedacht war, zugleich den vorhergehenden Ausblick, daß der Teil des Sachverständigenkomitees, der von der Notenbank handelt, für eine solche tragfähig sein wird.

Es sind Betrachtungen im Ganzen, die Reichsbankanteile in den variablen Verkehr einzuführen. Der Verwaltungsrat wird sich bereits am Dienstag mit der Angelegenheit befassen. Ein Widerstand ist kaum ins Auge zu fassen. Die Steigerung der Anteile an der Montanabtriebe hängt mit der Einführung in den variablen Verkehr zusammen.

*** Die Commerz- und Privat-Bank** hat die Zweigstelle Dinkelsbühl aufgelöst.
*** Zentral-Getreide-Handels-A. G., Trebbin.** (Braunbankkongern.) Die G. A. beschloß, den Gewinn vorzutragen und das Aktienkapital von 25 Millionen Papiermark auf 100 000 Goldmark umzustellen. Vor einiger Zeit hat die Gesellschaft eine Zweigniederlassung in Berlin errichtet.
*** Klage der A. G. Vorzugsaktionäre.** Gegen das Urteil des Landgerichts, das auf Abweisung der Klage lautete, soll Berufung eingelegt werden.
*** Gustav Günthow, A. G., in Berlin.** Die G. A. beschloß, den Ueberfluß vorzutragen. Der Geschäftsgang ist zurzeit zufriedenstellend, aber wegen der unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse läßt sich eine Voraussage nicht machen.
*** D. Süddeutsches Kainwert, A. G., in Nürnberg.** Die G. A. beschloß, den Reingewinn von 146 Millionen Mark vorzutragen und genehmigte die Goldmark-Gesellschaftsbilanz. Das Kapital von 25 Millionen Papiermark wird auf 60 000 Goldmark zusammengelegt. Für 12 1/2 Aktien zu 1000 Papiermark bzw. für 24 Aktien zu 5000 Papiermark wird eine Kasse zu 2) Goldmark gegeben. Das Ergebnis des ersten halben Geschäftsjahres läßt einen betrübenden Eindruck erwarten.
*** D. Julius Engelhardt, Spielkartenfabrik, A. G., in Koblenz & Coburg.** In 1923 verlor ein Reingewinn von 3900 Millionen Mark, der vorgezogen wird. Nach der Goldmark-Eröffnungsbilanz wird das Kapital von 35 Millionen Papiermark auf 60 000 Goldmark zusammengelegt. Ausbehalten sind mit 10 973, Waren mit 16 074, Maschinen mit 3172, Gebäude mit 65 000 und Gläubiger mit 21 773 Goldmark bewertet.

Literatur

Von Handbücher der Staatswissenschaften (Vergl. Richter, Jena) ist die 50. und 40. Lieferung erschienen, die den Produktionswert enthält.



Wir führen Wissen.

Geschäftsverläufe

Dr. C. Schöner & Co. in Leipzig. Kaufmann Friedrich Döberitz in Leipzig i. B. Rudolf Otto Schumann, Inhaber der Firma Rudolf Schumann und Rudolf Schumann & Co. G. m. b. H., in Jena i. B.

Konurse und Zahlungsunvermögen

Table with columns for Name, Bilanz, Vermögensgegenstände, and other financial details for various companies.

Lufflos bei leichten Kursrückgängen

Berlin, 7. Juli. Die Börse fand heute wieder unter dem Druck großer Luftlosigkeit. Der Mangel an Käulern und namentlich an Beteiligung weiterer Kreise des Publikums am Börsengeschäft besteht in hohem Maße fort. Tägliches Geld war etwas leichter und zu 1/2 pro Mille und darunter angeboten.

Mannover, 7. Juli. In Billionen. Reichsbank 120, 120, 120, 120. Deutsche Bank 120, 120, 120, 120. Commerzbank 120, 120, 120, 120.

Mannover, 7. Juli. In Billionen.

Table showing financial data for Hannover in billions, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

München, 7. Juli.

Table showing financial data for Munich, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Berlin, 7. Juli. Die Börse fand heute wieder unter dem Druck großer Luftlosigkeit. Der Mangel an Käulern und namentlich an Beteiligung weiterer Kreise des Publikums am Börsengeschäft besteht in hohem Maße fort.

Mannover, 7. Juli. In Billionen. Reichsbank 120, 120, 120, 120. Deutsche Bank 120, 120, 120, 120. Commerzbank 120, 120, 120, 120.

Breslau, 7. Juli.

Table showing financial data for Breslau in billions, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Wien, 7. Juli.

Table showing financial data for Vienna, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Berlin, 7. Juli. Die Börse fand heute wieder unter dem Druck großer Luftlosigkeit. Der Mangel an Käulern und namentlich an Beteiligung weiterer Kreise des Publikums am Börsengeschäft besteht in hohem Maße fort.

Dresden, 7. Juli. Die Dresdener Börse eröffnete die neue Woche ohne irgendeine Anregung. Auf allen Marktgebieten überwiegt der ganz geringe Geschäftsdampf.

Magdeburg, 7. Juli.

Table showing financial data for Magdeburg in billions, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Frag, 7. Juli.

Table showing financial data for Prague, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Berlin, 7. Juli. Die Börse fand heute wieder unter dem Druck großer Luftlosigkeit. Der Mangel an Käulern und namentlich an Beteiligung weiterer Kreise des Publikums am Börsengeschäft besteht in hohem Maße fort.

Table showing financial data for Hamburg in billions, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Augsburg, 7. Juli.

Table showing financial data for Augsburg in billions, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Devisen und Noten

Berliner Devisen: Amtlicher Kurs am 7. Juli 1924.

Table of official exchange rates for Berlin, listing various currencies and their corresponding rates.

Berliner Banknoten: Amtlicher Kurs am 7. Juli 1924.

Table of official banknote exchange rates for Berlin, listing various banknotes and their corresponding rates.

Reichliche Zugänge an Exportdevisen

Die seit Mitte zum Wochenbeginn ist der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln heute etwas größer als am Freitag, da sich inzwischen die Anforderungen für zwei Tage angestaut haben.

Amsterdam, 7. Juli.

Table showing financial data for Amsterdam, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Zürich, 7. Juli.

Table showing financial data for Zurich, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Kopenhagen, 7. Juli.

Table showing financial data for Copenhagen, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Stockholm, 7. Juli.

Table showing financial data for Stockholm, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Leipzig, 7. Juli. Die Leipziger Börse eröffnete die neue Woche in lustiger Stimmung. Es herrscht im Geschäftverkehr gewissermaßen Ferienstimmung, die keine Neigung zu größeren Engagements aufkommen lässt.

Frankfurt a. M., 7. Juli.

Table showing financial data for Frankfurt, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Oststaaten-Devisen vom 7. Juli

Table showing exchange rates for Eastern states currencies as of July 7th.

Oststaaten-Noten vom 7. Juli

Table showing banknote exchange rates for Eastern states as of July 7th.

Ein höherer Kurs hatten zu verzeichnen u. a. Braun 0,6, Gold & Riebling 0,15, Leipziger Spinnerei 0,1, Preuß. 0,4, Thüringer Gas 0,1, Thüringer Welle 0,25, Wernschaffen 0,35, Wotan 0,05.

Table showing financial data for Leipzig in billions, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Christiansia 7. Juli.

Table showing financial data for Christiansia, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

Frankfurt a. M., 7. Juli.

Table showing financial data for Frankfurt, including Reichsbank, Deutsche Bank, and other institutions.

BAYER & HEINZE Abteilung Bankgeschäft LEIPZIG Schulstraße 1 am Hauptbahnhof in Chemnitz, am Hauptbahnhof in Dresden, am Hauptbahnhof in Leipzig.

Berliner Börse vom 7. Juli

Main table for Berlin stock exchange, including sections for Deutsche Eisenbahn, Industriepapiere, and various stock listings with columns for 'Beute' and 'Vorher'.

Leipziger Börse vom 7. Juli

Main table for Leipzig stock exchange, including sections for Festverzinsliche Papiere, Industriepapiere, and various stock listings with columns for 'Beute' and 'Vorher'.

Dresdner Börse vom 7. Juli

Main table for Dresden stock exchange, including sections for Aktien in Millionen, Industriepapiere, and various stock listings with columns for 'Beute' and 'Vorher'.

Chemnitz, 7. Juli

Main table for Chemnitz stock exchange, including sections for Aktien in Millionen, Industriepapiere, and various stock listings with columns for 'Beute' and 'Vorher'.

Vertical text on the left margin, likely containing additional market data or news snippets.

Vertical text on the right margin, likely containing additional market data or news snippets.

